Einzelpreis 30 Pfg. • 4. Jahrgang

Donnerstag, 2. Juni 1921

Nummer 251 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 11 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 95 M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8–9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche u. Wortes-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Programm der Reichsregierung

Die gestrige Programmrede des Reichskanzlers Dr. Wirth hat keine Ueberraschungen gebracht. Sorgsam aufgeschrieben, blieb sie deshalb auch hinter früheren rednerischen Leistungen des Reichskanzlers zurück und vermochte keinen größeren Widerhall im Hause zu wecken. Das Programm ist zwar recht umfangreich, aber nicht bestimmt und so klar, daß die Absichten der Regierung daraus zweifelsfrei hervorgehen. Es ist eben der deutliche Versuch einer schwachen Regierung, die aus Bürgerlichen und Sozialisten besteht, die Unterstützung mehrerer Seiten zu gewinnen, und spiegelte deshalb die im Kabinett herrschenden widerstrebenden Ansichten und Interessen deutlich wider.

Durchaus unzulänglich waren die Erklärungen des Reichskanzlers über die politischen Absichten des Kabinetts. Von der Amnestie, diesem von dem größten Teil der Arbeiterklasse so stürmisch geforderten Beweis, daß die Regierung gewillt ist, eine Politik der Gleichberechtigung der Arbeiterklasse und der Versöhnung zu ihr zu betreiben, war ebensowenig die Rede wie von der Aufhebung der Sondergerichte, dieser nur gegen die Arbeiter gerichteten Rachejustiz. Die Aufhebung des Belagerungszustandes für Groß-Hamburg wurde zwar angekündigt, für die übrigen Landesteile aber gar nur in fernere Aussicht gestellt. Das ist viel weniger, als nach den wiederholten Versicherungen des Reichskanzlers von der „Freiheit", die er dem deutschen Volke zu bringen gedenke, erwartet werden mußte. Ebenso enttäuschte, daß der Reichskanzler der bayrischen Regierung den Dank aussprach, obwohl diese doch einen erheblichen Teil der außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten hervorgerufen hatte und es durchaus noch nicht sicher ist, ob sie nicht durch neue Winkelzüge sowohl die Entwaffnung als auch die Auflösung der Einwohnerwehren, für die die bayrische Regierung überhaupt keine Verpflichtung anerkennt, verhindern oder verzögern wird.

Das Hauptinteresse konzentrierte sich natürlich auf den wirtschaftlichen Teil des Programms. Daß die Annahme des Ultimatums Deutschland schwere Lasten auferlegt, ist allgemeine Erkenntnis. Die entscheidende Frage ist ihre Verteilung auf die einzelnen Klassen der Bevölkerung. Manches treffende Wort, daß die besitzenden Klassen endlich auch ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend zu den Lasten beitragen müssen, hat der Reichskanzler gesprochen. Er hat die Notwendigkeit neuer Steuerlasten eingehend dargelegt. Aus seinem Programm der künftigen direkten Besitzbesteuerung ist besonders wichtig die Ankündigung des Gesetzentwurfes, durch den die ernsthafte Durchführung der Besitzsteuern, denen sich die Besitzenden bisher zu einem großen Teil entzogen haben, erreicht werden soll. Indirekte Steuern auf den Verbrauch hat Dr. Wirth schmackhaft zu machen versucht durch die Bemerkung, daß die Preissteigerung verhindert werden müßte. Er hat aber außerdem die Notwendigkeit einer stärkeren Heranziehung der wirklichen Sachgüter, der Goldwerte, ausdrücklich anerkannt.

Daß in all diesen Punkten das Programm der Regierung trotzdem nicht an übermäßiger Deutlichkeit leidet, ist nicht nur die allgemeine Erscheinung solcher programmatischer Kundgebungen von Koalitionsregierungen, sondern weit mehr die Folge ihrer inneren Gegensätze. Jede Koalitionsregierung ist schwach, weil sie die verschiedenartigsten Elemente unter einen Hut zu bringen sucht. Am schwächsten aber ist eine Koalition mit bürgerlichen Parteien in Steuerfragen. Die nach außen betonte Einmütigkeit der Regierung kann deshalb nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade wegen der Steuerfragen in den nächsten Wochen selbst mit jenen Parteien die heftigsten Kämpfe werden ausgefochten werden müssen, die in der Regierung vertreten sind. Nicht das Programm der Regierung, sondern ihre Taten werden entscheiden, wie die Lasten für die Wiedergutmachung aufgebracht werden.

Eingehend äußerte sich auch das Programm über die Wirtschaftspolitik. Beseitigung der Zuschußwirtschaft auf allen Gebieten, Beschränkung der Einfuhr, insbesondere der Luxuseinfuhr auf das denkbar niedrigste Maß, Anspannung aller produktiven Kräfte, Inangriffnahme neuer produktiver Aufgaben wurde in Aussicht gestellt. Die Stellen, an denen der Reichskanzler von den Pflichten der Landwirtschaft sprach, begegneten kühler Zurückhaltung oder gar schroffer Ablehnung bei den beiden Rechtsparteien. Im Gegensatz zu allen früheren Regierungen fehlte diesmal der Hinweis auf die Notwendigkeit der Steigerung der Erzeugung der Landwirtschaft durch die Gewährung höherer Preise. Es wird in den nächsten Tagen Gelegenheit sein, die Ernsthaftigkeit dieser Haltung der Regierung auf die Probe zu stellen, wie sich auch in den nächsten Tagen überhaupt herausstellen muß, wieweit es ihr ernst ist mit der Durchführung ihrer Ankündigung, daß die Steigerung der Preise auf einer Reihe von Gebieten ausgeglichen werden müsse durch ein entsprechendes Verhältnis zu den Löhnen.

Klar und bestimmt waren die Erklärungen des Reichskanzlers über die auswärtige Politik. Unbeirrt will er den Weg der möglichsten Anspannung aller Kräfte zur Erfüllung der auferlegten Bedingungen weiterschreiten. Können wir uns in dieser Beziehung mit den Absichten des Reichskanzlers durchaus einverstanden erklären und können wir auch anerkennen, daß ihm persönlich sicherlich der gute Wille innewohnt, für die Lasten der Wiedergutmachung die Besitzenden heranzuziehen, so zeugte doch das gesamte Regierungsprogramm von der Unmöglichkeit einer wirklich konsequenten Koalitionspolitik. Eine Koalitionsregierung kann eben den Forderungen der Arbeiterklasse nicht entsprechen. Die Hauptlinie ihrer Politik wird immer auf die Erhaltung der Vorrechte des Bürgertums gerichtet sein. So bleibt denn das Programm der Regierung, trotzdem es manches Richtige und Zutreffende enthält, weit hinter dem zurück, was wir als das Mindestprogramm formuliert haben, und zeigt so deutlich, wie ganz anders das Programm einer Regierung aussehen würde, in der nur die sozialistischen Parteien vertreten wären.

•

Wie bei früheren Gelegenheiten, so haben auch gestern einige der Kommunisten in blödem Geschrei und Geschimpfe und der Störung der Verhandlungen ihre Hauptaufgabe erblickt. Ihr fortwährendes Gebrüll „Amnestie" hat einen Eindruck absolut nicht machen können, weil die Art und Weise, wie diese paar Schreier die Notwendigkeit dieser Forderung zu erkennen gaben, auf jeden abstoßend wirken mußte. Man muß dieses ungebührliche Verhalten dieser Kommunisten leider immer wieder erwähnen, weil es sonst der ganzen Arbeiterbewegung zur Last gelegt wird, die mit solchen Radauelementen, insbesondere wenn sie erst die Zuchthausurteile verursacht haben, nichts gemein hat.

Die Rede des Reichskanzlers

Meine Damen und Herren! Man erwartet von der neuen Regierung ein Programm. Ich will dieses Programm in eine kurze Form zusammenfassen, in drei Worte. Diese drei Worte heißen: Verständigung, Wiederaufbau und Versöhnung. (Zuruf von den V. K.: Und Amnestie? Lachen rechts.) Dies gilt für die äußere, aber auch für unsere innere Politik. In dieser Formel soll ausgedrückt sein, daß wir alle unsere Kräfte daransetzen wollen, das deutsche Staatsschiff herauszureiten aus den klippenreichen Wogen der Krisen und Katastrophen in ein ruhiges Fahrwasser friedlicher Entwicklung.

Durch Werke des Friedens, durch Aufbau nach außen und nach innen wollen wir zeigen, daß es uns ernst ist mit dem Beginn der neuen Zeit, daß wir unseren Verpflichtungen bis zum Aeußersten nachkommen und durch Arbeit und Leistungen Freiheit und Vaterland uns erkämpfen wollen. (Zuruf von den V. K.: Und die Amnestie? — Unruhe.) Ich beginne mit der

äußeren Politik und ihrer Rückwirkung

aufs Inland. Durch die Annahme des Ultimatums ist für manche bisherige Kämpfe ein Schlußstein gesetzt und unsere Politik in eine bestimmte Bahn gelenkt.

Die Absicht der Reichsregierung ist eindeutig und klar: **Sie will die übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft und loyal erfüllen. Sie will den guten Mut haben und von dem ganzen deutschen Volk verlangen, daß es sich anstrengt, Leistungen größter Art zu vollbringen; denn nur wenn man mit einem solchen Willen an die Leistungen herangeht, dann kann man Höchstleistungen erzielen. Hierin erblickt die Reichsregierung die einzige für Deutschland mögliche Politik.** Nicht akademische Erörterungen, sondern allein die praktische Anerkennung des Leistungsprinzips wird für Deutschland und seine schwere Lage in der Welt Verständnis erwecken.

Das Ultimatum stellt uns kurze Fristen. Einige sind schon abgelaufen. Wir haben sie eingehalten.

Auf finanziellem Gebiet

ist die bis zum 30. Mai zu zahlende 1 Milliarde Goldmark rechtzeitig, trotz der äußerst starken Inanspruchnahme durch laufende Bedürfnisse und die anderen Aufgaben des Friedensvertrages, geleistet. Davon 150 Millionen Goldmark in bar und der Rest durch Schatzwechsel, die nach dem Wunsch der Reparationskommission das Indossement von vier deutschen Großbanken, nämlich der Darmstädter Bank, der Deutschen und Dresdner Bank und der Disconto-Gesellschaft tragen. Ich darf nicht unterlassen, zu erwähnen, daß die genannten Bankinstitute in äußerst dankenswerter Weise der Regierung ihre Unterschrift zur Verfügung gestellt haben. Die Schatzwechsel sind bis zum 31. August einzulösen. **Das Reichsfinanzministerium hat die erforderlichen Vorbereitungen und Anordnungen getroffen, um die Einlösung innerhalb dieser Frist sicherzustellen.** Am 31. Mai sind der Reparationskommission weitere 50 Millionen Goldmark in Devisen angeboten worden.

In der Abrüstungsfrage

haben wir uns durch die Annahme des Ultimatums den Entwaffnungsbestimmungen der Pariser Note vom 29. Januar auf dem militärischen Gebiete wie auf dem der Marine und des Luftwesens gefügt. Noten, die zur Ausführung des Ultimatums mit der von General Nollet geleiteten Militärkontrollkommission und den anderen Kommissionen gewechselt sind, werden in der üblichen Weise dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten zugehen. Die bisher abgelaufenen Fristen sind auch auf diesem Gebiet innegehalten. (Bravo! b. d. Soz.) **Die Reichsregierung ist einmütig der Ansicht, daß die Frage der Entwaffnung zu keinen weiteren Reibungen führen, geschweige denn Anlaß zu Sanktionen geben darf.** Was an uns ist, werden wir deshalb tun, um unser Versprechen in voller Loyalität einzulösen. (Abg. Hoffmann-Berlin: Erst können vor Lachen!) Für diesen Zwischenruf haben Sie die Amnestie. (Heiterkeit.) Bisher ist von der deutschen Regierung in Erfüllung der Entwaffnungsbedingungen unter anderem folgendes veranlaßt worden: Die von der Militärkontrollkommission festgesetzten **Höchstbestände für die Bewaffnung und Ausrüstung** des Hunderttausendmannheeres sind unter Aufgabe des bisherigen deutschen Widerspruchs von uns anerkannt worden, die Befehle zur Ablieferung des dadurch überschüssig werdenden Materials sind erteilt, die Ablieferung ist im Gange. Die sofortige Abgabe der von der Kontrollkommission nicht zugestandenen **Bestückung und sonstigen Ausrüstung der Landfestungen** einschließlich Königsberg, Lötzen-Boyen und Küstrin ist angeordnet und wird unverzüglich durchgeführt. (Hört! Hört! rechts.) Das gleiche gilt für die **Küstenbefestigungen.** Die von der Kommission aufgestellte Liste der zur Herstellung des Geräts für das Hunderttausendmannheer ermächtigten Fabriken ist anerkannt, die nicht zugelassenen Fabriken werden geschlossen. Ebenso sind die in den Pariser Beschlüssen enthaltenen Forderungen, die sich auf die **Marine** und die **Luftfahrt** beziehen, zum Teil bereits erfüllt, zum Teil in schleuniger Durchführung begriffen. **Das Gesetz, durch das der Bau von Flugzeugen und Flugzeugmotoren** jeder Art verboten wird, liegt im Entwurf vor und wird in den nächsten Tagen dem Reichsrat zugehen. Ein Verbot der Ausfuhr von Luftfahrtmaterial jeder Art ist erlassen. Dem Verbot der Verwendung von Flugzeugen bei deutschen Polizeiformationen ist stattgegeben. Der Kontrollkommission ist mitgeteilt, daß die deutsche Regierung die ihr in Aussicht gestellte Definition zur Unterscheidung der zivilen Luftfahrt von der im Friedensvertrag untersagten militärischen Luftfahrt anerkennen wird. Die **Ablieferung der überschüssigen Waffen der Polizei ist durchgeführt.** Die erforderlichen Anordnungen, daß die Gesamtstärke der deutschen Polizei die in der Boulogner Note zugestandene Zahl von 150 000 Mann nicht überschreitet, sind erlassen. Die in den Pariser Beschlüssen geforderten gesetzlichen **Maßnahmen zur Aenderung des Wehrgesetzes** und des Gesetzes über die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät sind soweit gefördert, daß sie in den nächsten Tagen dem Reichsrat zugehen werden.

Was die

Entwaffnung der Einwohnerwehren

angeht, so sind von den Landesregierungen die erforderlichen Anordnungen getroffen. Die bayerische Regierung stand nach ihrer früheren Stellungnahme vor einer außerordentlich schwierigen Situation. Ich habe es nicht für richtig gehalten, durch offizielle, in fordernden Tone gehaltene Schreiben seitens der Reichsregierung diese schwierige Lage der bayerischen Regierung noch zu verschärfen. Aber Sie können mir glauben, daß ich deshalb nicht untätig gewesen bin. Die bayerische Regierung hat inzwischen in Erkenntnis der tatsächlichen Lage die Ihnen bekannte Erklärung über die Entwaffnung der Einwohnerwehren abgegeben. (Zurufe von den V. K. und U. Soz.) Wenn darnach sich die beteiligten Kreise freiwillig zu den Entschlüssen durchgerungen haben, die unabwendbar geworden sind, so verdienen sie und alle Personen, die trotz ihres grundsätzlichen Standpunktes hierfür eingetreten sind, Dank. (Bravo! bei den Mehrheitsparteien, Zurufe bei den V. K. V.: Unerhört!) Ich spreche hier namens der Reichsregierung die Hoffnung und die Erwartung aus, daß die Durchführung der Waffenabgabe pünktlich innerhalb der gesetzten Fristen erfolgt. (Zurufe von den V. K.) Die freiwillige Entwaffnung ist eine wichtige Tat auch für Deutschlands innere Einigkeit. Ein Spiel mit dem Zwang von innen oder außen hätte nur zur Entzweiung unter den deutschen Stämmen führen können. (Sehr richtig! bei den Dem.) Neben der Frage der Waffenabgabe steht

die Frage der Auflösung der Organisationen.

Die bayrische Regierung ist der Ansicht, daß zum mindesten nach erfolgter Waffenabgabe die bayerischen Einwohnerwehren nicht mehr unter die Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages fallen. (Hört, hört! und Zurufe bei den Vereinigten Kommun. Sehr richtig! rechts), welche von der Auflösung gewisser näher bezeichneter militärischer Organisationen sprechen. Das bayerische oberste Landesgericht hat denselben Standpunkt ausführlich dargelegt. (Hört, hört! bei der bayer. Volksp.) **Aber die Reichsregierung stand nicht mehr allein vor den Artikeln 177 und 178 des Friedensvertrages, sondern vor dem Ultimatum vom 5. Mai, das in dieser Hinsicht auf die Pariser Note vom 29. Januar Bezug nimmt.** Darin ist eine gewisse Interpretation des Friedensvertrages gegeben, **die es der Reichsregierung nicht ermöglichte, die Einwohnerwehren von der Liste der aufzulösenden Organisationen auszunehmen.** Diese Liste, die wir überreicht haben, mußte offen und klar sein, **sie mußte deshalb die Einwohnerwehren und die Organisation Escherich enthalten.** Sie können sicher sein, daß die Reichsregierung diesen Eingriff in ihr eigenes Vereinsrecht nur unter dem Drucke der Alliierten vorgenommen hat. Die Reichsregierung ist sich des Ernstes der grundsätzlichen Frage wohl bewußt. Sie hat die Anschauungen der hauptbeteiligten Landesregierungen und ihre Unterlagen den Alliierten mitgeteilt, um eine Nachprüfung von der alliierten Seite vornehmen zu können.

Ich komme nunmehr zu den **Aufgaben, die sich aus den wirtschaftlichen Teilen des Ultimatums für Deutschland ergeben.** Das Programm, dessen Erfüllung unser harrt, ist weitausladend und auf lange Sicht gestellt. Es gliedert sich in drei Teile. **Die Aufgabe, die unmittelbar vor uns steht, ist das Sühne-**

kelle Programm. Im engsten Zusammenhang damit steht das Wirtschaftsprogramm und die sozialethische Aufgabe.

Die finanziellen Leistungen

sind im Ultimatum genau umrissen durch den variablen Faktor von 26 Prozent der Ausfuhr und die Fix-Summe von zwei Milliarden Jahresannuität. Dazu kommen dann noch die Besatzungskosten.

Wenn wir im Jahre 1921 dieselbe Ausfuhr haben wie im Jahre 1920, so würden wir insgesamt über 3¼ Milliarden Goldmark zu leisten haben. Diese Summe ist außerordentlich groß, besonders weil sie von einem Lande mit entwertetem Gelde gefordert wird. **Jetzt aber haben wir nicht mehr darum zu streiten, ob die Summe unserer Leistungsfähigkeit angepaßt ist.** Manche sagen, wir können die Summe nicht aufbringen. Dieser theoretische Streit führt aber zu nichts. **Wir müssen zu Taten schreiten und versuchen, durch die Tat und durch Einsetzung unseres besten Willens zu beweisen, wie groß unsere Leistungsfähigkeit ist.** (Sehr richtig! b. d. Soz.) Jeder Weg, der sich bieten kann, und wenn er auch mit Opfern für das ganze Volk oder für einzelne Kreise verbunden sein mag, ist aufs eingehendste zu prüfen, denn die Sache der Freiheit ist selbst mit den schwersten finanziellen Opfern nicht zu teuer erkauft. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den D. D. Lachen und Zurufe rechts.) **Unsere nächste und dringendste Aufgabe wird es sein, für die Abdeckung der Verpflichtungen aus dem Ultimatum einen**

sorgfältigen und genauen Zahlungsplan

aufzustellen. Der Artikel 7 des Ultimatums, welcher diese Materie behandelt, **gibt nur eine allgemeine Richtschnur.** Er läßt der deutschen Regierung ausdrücklich die Möglichkeit offen, mit bestimmten **Vorschlägen an** das Garantiekomitee heranzutreten und **im Verein mit ihm einen endgültigen Zahlungsplan festzustellen.** Dieser Plan wird einerseits den Gesamtbetrag und die Einzelheiten der Sachleistungen vorzusehen haben, welche wir den Alliierten voraussichtlich in Anrechnung auf die jährlichen Reparationsverpflichtungen machen werden. Soweit diese Verpflichtungen **nicht durch Sachleistungen erfüllt werden, ist nachzuweisen,** wie wir im Innern die Mittel aufbringen wollen, um den in bar, d. h. in Devisen zu zahlenden Restbetrag der Annuitäten zu decken.

Es werden bestimmte namhafte Steuerquellen bezeichnet werden, welche wir als Deckung für die Reparationszahlungen zur Verfügung zu stellen und in dem Zahlungsplan dem Garantiekomitee gegenüber nachzuweisen haben. Der Gesamtbetrag dieser als Sicherheit gestellten Steuern muß hinreichend sein, um den voraussichtlich in Devisen aufzubringenden jährlichen Barbetrag zu decken. Wir haben uns bereits an die Arbeit gemacht und werden binnen kurzem die nähere Fühlung darüber mit dem Garantiekomitee aufnehmen.

Was zunächst

die 26prozentige Ausfuhrabgabe

anlangt, so muß darauf hingewiesen werden, daß ihre dauernde und gänzliche Rückvergütung an die deutschen Exporteure finanzpolitisch nicht in Frage kommen kann. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wär die Angleichung an die Weltmarktpreise nicht soweit fortgeschritten, so wäre die 26prozentige Abgabe vielleicht zu gewinnen aus der Spannung zwischen Inlandswert und Auslandswert der Mark. Sie würde dann eine reine Valutagewinnbesteuerung sein. Auch heute besteht noch eine starke Spannung zwischen der Kaufkraft des Geldes im Inland und im Ausland, wenn auch nicht auf allen Gebieten. Diese Spannung muß, soweit es wirtschaftlich irgendmöglich ist, ausgenutzt werden.

Dann aber gilt es, die zwei Milliarden Gold fixer Annuitäten aufzubringen. Die Aufbringung dieser Summe wird teilweise in Sachlieferungen und teilweise in Geldzahlungen zu erfolgen haben. Aber auch für die Sachlieferungen muß Deutschland erst die nötigen Geldsummen aufbringen, denn es geht nicht an, daß wir auf die Dauer zu Anleihen greifen, um das Budget der Kontributionen zu erfüllen. **Die Erfahrungen, die wir nach dieser Seite hin während des Krieges gemacht haben, schrecken.** (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir müssen sehen, wenigstens in möglichst naher Zeit die Reparationssumme tatsächlich als jährliche Auflagen aufzubringen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Hält man

Ausschau nach neuen Steuerquellen,

so richtet sich das Augenmerk des Steuerpolitikers unwillkürlich auf die Kohle. Der deutsche Kohlenpreis ist auch heute noch viel niedriger als der Weltmarktpreis. Das wäre nicht der Fall, wenn man in der Kohlenwirtschaft die Freiwirtschaft durchgeführt hätte und die Preisbildung sich hätte frei entwickeln lassen. Dann müßte unsere Industrie auch bereits längst den Weltmarktpreis für Inlandskohle bezahlen. Durch die nach nationalwirtschaftlichen Gesichtspunkten eingerichtete Kohlenwirtschaft haben wir bisher der deutschen Industrie eine erhebliche Vergünstigung in den Produktionskosten verschafft. Hier aber liegt zu gleicher Zeit auch eine Reserve vor, bei welcher, soweit notwendig, eingesetzt werden kann für die Aufbringung der Reparationslasten. Man wird die bestehende Preisspannung zwischen Inlandspreisen und Weltmarktpreis ausnützen müssen. Es muß ein Weg gefunden werden, der es gestattet, daß eine **Differenzierung zwischen Hausbrandkohle und Industriekohle** gemacht wird. Dieser Weg ist zu finden. Es gilt dann weiter, die übrigen Steuern so auszubauen, daß sie hinreichend sind, um die etwa noch fehlenden Beträge in der Reparationsfrage und andererseits die Ausfälle, welche durch das Reparationsbudget im eigentlichen Reichsbudget geschehen, zu decken. Das Bestreben der Reichsfinanzverwaltung muß dabei von folgenden Gesichtspunkten geleitet sein: Wo noch **Besitzsteuern durchzuführen sind, die ohne Schädigung des Wirtschaftsprozesses durchgeführt werden können, müssen sie selbstverständlich eingeführt werden.** Ich denke dabei an folgende Steuern. Es kommen in Frage: 1. **Ein Ausbau der Körperschaftssteuer,** die praktisch einer Besteuerung der hohen Dividenden gleichkommt; 2. **ein starker Ausbau der Börsensteuer,** um vor allem die Spekulation an der Börse auf diese Weise zu erfassen; 3. und darauf lege ich besonderen Nachdruck: nicht allein das Schaffen neuer Steuern kann Gegenstand der Vorsorge sein (sehr richtig! im Zentrum), sondern die **Durchführung der bereits verabschiedeten Steuern.** (Lebhafte Zustimmung im Zentrum, bei den D.Dem. u. Soz.), die Schaffung von Einrichtungen innerhalb der Finanzverwaltung, welche

ein möglichst vollkommenes Ausschöpfen der bisher verschlossenen Besitzsteuerquellen

ermöglichen. Ich glaube, daß gerade durch diese Organisation, die bald aufgebaut werden soll, **mehrere Milliarden Mehrbeträge** aus den bestehenden Besitzsteuern gefördert werden. (Hört, hört! bei den Soz.) Gestatten Sie mir ein offenes Wort. **Es hat ein großes Maß von Geduld dazu gehört, um im Laufe eines Jahres die Veranlagung der Besitzsteuer und der Einkommensteuer zu überwachen.** Wir sind vorwärts gekommen. Wenn Sie die Steuereingänge nachsehen, werden Sie mir zustimmen, daß gerade in den letzten zwei Monaten erfreuliche Erfolge erzielt worden sind. (Sehr richtig bei den D. D.) Ich darf aber auch hinzusetzen, meine Herren, daß der aus gewissen Gründen verständliche **langsame Fortgang in der Veranlagung der Besitzsteuern und Einkommensteuern in den Kreisen, deren Steuern vom Lohn- und Gehaltsabzug erhoben worden sind, eine lebhafte Beunruhigung hervorgerufen hat.** (Sehr richtig bei den Soz. und im Zentrum.) Ich muß den Appell an alle Kreise unseres Volkes richten, daß die dabei zu Tage getretene Erregung nicht zu politischen Unordnungen führen darf. Wir müssen alles tun, um in rascher Folge

die Besitz- und Einkommensteuern auch bei denen zur Durchführung zu bringen, die über Produktionsmittel verfügen.

(Sehr richtig bei den Soz., Zurufe von den Ver. Kom.)

Daß wir auch um den

Ausbau der indirekten Besteuerung

nicht herumkommen, ist ja auch für uns alle klar. Seit längerer Zeit sind eine Reihe von Gesetzentwürfen in Vorbereitung, die nunmehr abgeschlossen sind. Es handelt sich dabei um eine Erhöhung der Einnahmen aus dem Branntweinmonopol, aus der Biersteuer, um Beseitigung der bei der Tabaksteuer **noch bestehenden Erwägungen, um eine höhere Steuer für die** Erfassung des Zuckers einschl. des Süßstoffes, **wobei auch** die Frage eines Raffineriemonopols entschieden wird, Besteuerung der Buchmacherwetten und um Erhöhung einiger kleiner bestehenden indirekten Steuern. **Auch die Zölle auf Luxusgüter sind zu erhöhen.**

Bei der indirekten Besteuerung wird **das** Hauptgewicht darauf zu legen sein, daß die Steuern eine Gestalt erhalten, welche einen guten Steuerertrag unter möglichst geringer Steigerung der Verbraucherpreise garantiert. (Lachen auf der äußersten Linken.) Dabei werden die meisten Steuern relativ noch nicht so hoch sein, wie sie in der Friedenszeit an Gold gemessen gewesen waren. Man darf eben nicht vergessen, daß die indirekten Steuern, welche auf fixe Sätze gestellt sind, durch die Geldentwertung herabgesetzt worden sind im Verhältnis zu ihrer Friedenshöhe. Diese Steuerreserven müssen natürlich mit herangezogen werden, damit eine Bilanzierung des Budgets der Kontributionen und des inneren Budgets möglich ist. Ich habe aber auch bereits Verbindung mit den Finanzministern der Länder gesucht, um die Frage zu erörtern, wie es möglich ist, in kurzer Zeit **die alten Ertragssteuern auf Erträge des Grund und Bodens und des Gewerbes in eine moderne Form zu gießen.** Hier liegen tatsächlich noch manche nicht beachtete Steuerquellen vor. Ausschöpfung dieser Besitzsteuerquellen wird notwendig, damit die Gesamtfinanzen in Deutschland in Reich, Ländern und Gemeinden der Sanierung entgegengeführt werden können. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß die Arbeit der Notenpresse den Geldwert verschlechtert und somit **einseitig die breiten Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger und die Kleinrentner,** d. h. alle diejenigen, die keine Produktionsmittel in den Händen haben, trifft. Die Last darf nicht vorzugsweise auf diese Schultern geladen werden. Die Regierung hat das ernste Bestreben, sobald wie möglich sich von diesem ungesunden Mittel der Notenpresse zu befreien.

Neben der unvermeidlichen Belastung des Verbrauchers müssen

weitere Einnahmequellen

gesucht werden. Dabei denkt die Regierung in erster Linie an den von der Geldentwertung minder betroffenen Besitz an Sachwerten, nämlich die sogenannten Goldwerte, also solche Realwerte oder andere Vermögenswerte, die von der Wertveränderung des Papierwertes nicht getroffen werden (Sehr richtig! bei den Regierungsparteien), vielmehr ihren Goldwert mehr oder weniger beibehalten haben. (Erneute Zustimmung b. d. Regierungsparteien.) Es handelt sich somit vorwiegend um solche Werte, bei denen Gewinne, sei es aus Konjunkturen, sei es aus der Angleichung an die Weltmarktpreise, entstehen. **Unter allen Umständen muß verhindert werden, daß zu den Kriegs- und Revolutionsgewinnern sich der Reparationsgewinnler gesellt** (Sehr richtig!).

Meine Damen und Herren! Durch diesen nur in seinen großen Grundlinien angedeuteten Finanzplan hoffen wir, die Finanzen des Reiches den Bedürfnissen entsprechend ausgestalten zu können. Dann wäre, wenn der Reichstag dieses Gesetzeswerk möglichst rasch vollbracht hat, der zweite Teil der Sanierung unserer Finanzen erledigt. Dabei setze ich natürlich voraus, daß die Zuschußwirtschaft, welche bisher vom Reich zur Stützung der Volkswirtschaft in den Verkehrsverwaltungen wie auf sonstigen Gebieten betrieben worden ist, möglichst rasch und energisch abgebaut wird. Nur produktive Ausgaben zur Erhöhung unserer Volkswirtschaft können ohne Bedenken auf Anleihen genommen werden, denn hinter ihnen steht der geschaffene wirtschaftliche Wert. Im engsten Zusammenhang mit dem finanziellen Programm steht

das Wirtschaftsprogramm

Es ist eine selbstverständliche Tatsache, daß die **Summen,** welche wir an das Ausland zahlen müssen, nur aus dem Ueberschuß der Wirtschaft auf die Dauer gewonnen werden können. Darum muß sich unsere Volkswirtschaft einrichten auf höhere Produktion und auf nationalwirtschaftliche Sparsamkeit. Die Richtung, welche unsere Wirtschaftspolitik nehmen muß, ist durch die Kontributionsverpflichtung und ihre technische Ausgestaltung zum großen Teil bedingt. Wenn wir die Reparationsleistungen aufbringen wollen, so müssen wir nicht nur im Inlande höhere Werte erzeugen, sondern auch unsere Einfuhreinschränken, soweit dies im Rahmen der wirtschaftlichen Notwendigkeiten möglich ist. Wir müssen alle aktiven Posten der deutschen Zahlungsbilanz, die es neben der Warenausfuhr gibt, möglichst steigern und die passiven Posten der Zahlungsbilanz, die sich außerhalb der Reparation ergeben, möglichst niedrig halten. Das ist die zwingende Logik der ganzen Lage, in welcher sich Deutschland infolge der Reparation, aber auch infolge der Verschlechterung seines Geldwertes befindet. Was wir im Inlande erzeugen können, müssen wir nach aller wirtschaftlichen Möglichkeit auch im Inlande selbst herstellen. (Sehr richtig! im Zentr., bei den D. D. und den Soz.) **Die Einfuhr von Luxuswaren im weitesten Sinne muß soweit nur irgend möglich beschränkt werden durch zollpolitische oder steuerliche Maßnahmen.** (Sehr richtig.) Das ist auch von der Gegenseite anerkannt worden. Man muß aber dann auch der deutschen Regierung wieder die Verfügungsgewalt über ihre Zollgrenzen geben, damit sie dort Ordnung halten und auch auf diese Weise auf Erfüllung der übernommenen Pflichten hinwirken kann. Es darf kein neues Loch im Westen geschaffen werden. (Sehr wahr.)

Die Landwirtschaft

muß auf höchstmögliche Produktion eingestellt **werden.** Infolge des Wegfalls wichtiger landwirtschaftlicher Gebiete ist dies doppelt schwer, aber auch doppelt notwendig. Das kann nur gelingen, wenn die ganze Landwirtschaft sich mit all der zähen Energie, die ihr eigen ist, an die Aufgabe heranmacht. Es gilt zunächst, die in Kultur befindlichen Böden durch **rationellste Bodenpflege,** entsprechende Kulturarten und rationellstes Düngungsverfahren in höchste Nutzung zu bringen. Die hierfür etwa aufgewendeten Ausgaben sind nicht Verschwendung, sondern bedeuten eine außerordentlich produktive Anlage. (Sehr wahr! bei den Regierungsparteien.) Ein weiteres Mittel ist eine möglichst **weitgehende Nutzung von Motoren** an Stelle der Zugtiere; auch dadurch wird viel Bodenfläche frei werden für die menschliche Ernährung. (Lachen und Zurufe bei den D. N.) Die agrarische Bodenfläche muß aber auch noch vermehrt werden, indem alle geeigneten **Oedländereien und Moore** energisch, rasch und zweckmäßig kultiviert werden. Die Beschäftigung von Arbeitslosen wird dadurch produktiv. Auch wird die Industrie Aufträge erhalten für entsprechende Maschinen und Gerätschaften. Das bedeutet eine Stärkung der Inlandsgrundlage unserer Wirtschaft.

Auch sonst heißt es, aus dem heimischen Boden herauszuholen, was er uns herzugeben vermag. Wir müssen hinabsteigen in die **Kohlen-, Salz- und Erzkammern,** die in unserem Boden liegen, und müssen aus diesen Sparreserven in der heutigen Zeit besonders starke Beträge herausholen. Wir müssen auch unsere **Forstbestände** heranziehen zu möglichst umfangreicher Aufbauarbeit. Das **Verkehrswesen** im Innern des Landes muß ausgebaut werden unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlicher und technischer Höchstleistung. Ich denke dabei sowohl an den Ausbau der Handelsflotte als auch an die Ausführung **von Kanalbauten.** Wir haben ja die nötigen Vorlagen verabschiedet und die Zustimmung, wenn ich mich recht erinnere, des ganzen Hauses damals gefunden. (Zuruf rechts: Woher denn das Geld nehmen?) Sie haben es ja selbst genehmigt, denn wir müssen **unsere Erwerbslosen unter allen Umständen produktiv beschäftigen** und müssen ihnen eine Beschäftigung zuweisen, die für die ganze Volkswirtschaft erhöhte Leistung bedeutet. Das **Bau- und Siedlungswesen** muß trotz der Opfer, die es erfordert, gefördert werden. Unsere gesamte Industrie muß eingestellt werden auf Höchstleistung sowohl hinsichtlich der Quantität als noch mehr die Qualität.

Nicht mindere Bedeutung kommt der Gestaltung der

Organisation unseres Wirtschaftslebens

zu. In der Industrie haben sich schon vor dem Kriege, besonders aber während des Krieges und nach dem Kriege Entwicklungsformen herausgebildet, die auf das nachdrücklichste geprüft werden müssen hinsichtlich ihrer Rückwirkung auf die gesamte Volkswirtschaft. (Zurufe von den V. K.) Was einen Fortschritt bedeutet, muß planmäßig vom Reiche gefördert werden. **Ueberflüssige Wege in der Volkswirtschaft, welche das** Endprodukt verteuern, müssen **beseitigt werden.** Hin und wieder hört man: Deutschland muß zum Agrarstaat zurückkehren. Das ist **vollkommen unmöglich.** (Sehr richtig! b. d. D. D.) Nicht „Agrarstaat oder Industriestaat?" heißt die Problemstellung, sondern Agrarstaat und Industriestaat. (Sehr richtig! b. d. D. D.) Es muß eher eine Industrialisierung der Landwirtschaft erfolgen (Lachen und Zurufe rechts) im Sinne einer stark gesteigerten Produktionstechnik; niemals aber darf ein Zurückgleiten auf eine überwundene Wirtschaftsstufe in Frage kommen. Nur durch Fortschreiten zu einer höheren Wirtschaftsform, die durch selbständiges Wachsen und durch zielbewußte Förderung der naturgemäßen Entwicklung angestrebt werden muß, können wir die Not der Zeit überwinden. Landwirtschaft und Industrie dürfen sich nicht gegenüberstehen als Feinde, (Zustimmung), sondern als Brüder, die sich bewußt sind, daß jeder sein Teil beitragen muß für die Ueberwindung der wirtschaftlichen Not und die Schaffung eines neuen, wenn auch bescheidenen Wohlstandes der deutschen Volksgemeinschaft.

Ein gewaltiges Arbeitsfeld ist schon mit diesen kurzen Hinweisen umrissen. Es ist ein Programm auf lange Sicht. Wir werden die großen Aufgaben nur mit Erfolg bewältigen können, wenn wir auch die richtige soziale und ethische Einstellung der deutschen Volksseele gewinnen. Das ist ein Problem des sittlichen Wiederaufbaues unserer Nation. Ueberbrückung der sozialen Gegensätze wird besonders von denen gefordert werden müssen, die auf der Sonnenseite des Lebens stehen. (Andauernde Zurufe von den V. K. — Gegenrufe: Ruhe! Unruhe. Glocke des Präsidenten.)

Die Lage in Oberschlesien

Als die Abstimmung den Polen nicht den erhofften Sieg brachte, hat Korfanty den Versuch unternommen, mit Waffengewalt sich in den Besitz des Landes zu setzen. Der Aufstand war **bis ins einzelne vorbereitet** und brach auf ein Losungswort Korfantys aus. (Hört, hört!) Und was ist die Folge? Terror, Verwüstungen, Plünderungen der polnischen Insurgenten und Eindringlinge spotten jeder Beschreibung. Schon macht sich in den von Oberschlesien belieferten Gebieten **der stärkste Kohlenmangel bemerkbar.** Insurrektion kann nie Recht schaffen, sie kann nie zu polnischem Gebiet ein Land machen, daß seit 700 Jahren keinem polnischen Staatsgebilde angehört hat.

Ich frage: war die Abstimmung so gemeint, daß sie nur dann die Entscheidung bringen sollte, wenn sie zugunsten Polens ausschlug?

Schon aus der Abstimmung ergibt sich **Deutschlands Recht auf Oberschlesien.** Auch geographische und wirtschaftliche Gesichtspunkte weisen nach derselben Richtung.

Jede Teilung Oberschlesiens

würde bei der Kompliziertheit der wirtschaftlichen Organisation den Ruin der abgetrennten Teile nach sich ziehen. Polen hat Oberschlesien gar nicht nötig; denn es verfügt selbst über reiche Kohlen- und Erzvorräte, die es nur zu entwickeln braucht.

Zudem hat die deutsche Regierung sich bereits in ihrer Note vom 1. April 1921 bereit erklärt, an Polen unter Vorzugsbedingungen die für seine Wirtschaft erforderliche Kohle und sonstige Erzeugnisse aus Oberschlesien zu liefern, (hört, hört) solange das polnische Kohlengebiet noch nicht erschlossen ist, (hört, hört) und ferner **weitgehende Hilfe bei der Erschließung der polnischen Bodenschätze angeboten.** Erst als durch den Aufstand Leben und Eigentum der deutschgesinnten Bevölkerung unmittelbar bedroht war, hat sie zu dem unerläßlichen Mindestmaß der Abwehr gegriffen. Die Regierung hat ihrerseits ihre Haltung durch die Notwendigkeit bestimmen lassen müssen, alles hintanzuhalten, was unseren Gegnern Gelegenheit geboten hätte, unsere gerechte Sache zu verdunkeln und das eigene Unrecht zu beschönigen. Die Regierung hat die Grenze nach Oberschlesien gesperrt, die polnische Grenze nach dem Abstimmungsgebiet ist noch offen. (Hört, hört!)

Das Plebiszit in Oberschlesien kann **nicht umgangen werden,** besonders nicht von Mächten, deren Verfassung demokratischen Charakter hat. Der Hexenkessel in Oberschlesien muß in Ordnung gebracht werden unter gerechter Würdigung und Wahrung des Plebiszits; sonst wird aus Oberschlesien

ein neuer Brandherd erwachsen,

der Europa aufs neue in Flammen setzen kann. Wie denkt man sich in Frankreich die Lösung der von Briand angeregten Frage? der demokratische Geist muß sich in Deutschland entwickeln? Sieht man denn nicht ein, daß das ewige Drohen mit dem Schwert und neuen Sanktionen das Gegenteil von demokratischem Geist ist? Liegt es denn wirklich im Interesse der Welt, dem geschlagenen und entwaffneten Deutschland ewig mit Drohung entgegenzutreten, die uns nicht zu ruhiger Arbeit und Leistung kommen lassen?

Es ist das Ziel aller wahren Patrioten bei uns, endlich eine Regierung zu haben, die sich auf eine breite parlamentarische Basis und Mehrheit stützt. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den D. D.) Diese Regierung wird nicht geschaffen und nicht gefunden durch Erörterung von Personenfragen; sie wird nur entstehen durch sachliche Politik, (sehr richtig! bei den D. D.), die alle die, die guten Willens sind, um ein sachliches Programm im Laufe der nächsten Wochen sammelt. (Sehr gut! bei den D. D.)

Wenn ich im übrigen noch

ein paar Worte zur inneren Politik

sage, so muß ich voranfügen, daß die äußere und innere Politik für Deutschland in einer Weise verknüpft sind, wie das nie zuvor der Fall war. (Sehr gut! bei den D. D.) In einigen deutschen Gebieten bestehen zur Zeit noch Ausnahmevorschriften. Der Ausnahmezustand in Groß-Hamburg wird im Einvernehmen mit den Hamburger Behörden sofort aufgehoben werden. Die Reichsregierung beabsichtigt aber, auch im übrigen den Ausnahmezustand möglichst schnell, wo er besteht, abzubauen, und ist hierüber in Verhandlungen mit den Landesregierungen eingetreten. Die

Ernährungslage der deutschen Bevölkerung,

von der letzten Endes die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes abhängt, hat sich während des laufenden Wirtschaftsjahres, wie auch die Statistik der Sterblichkeit und der Krankenbewegung beweist, wieder etwas gebessert.

Die der Bevölkerung zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel haben sich infolge der freieren Gestaltung der Innenwirtschaft und der Einfuhr aus dem Ausland, sowohl der Menge als der Beschaffenheit nach wesentlich gehoben. Allerdings läßt sich nicht verkennen, daß der schrittweise Abbau der Zwangswirtschaft vielfach zunächst eine Preissteigerung zur Folge hat, die eine vorübergehende stärkere Belastung für einen großen Teil unserer Bevölkerung bedeutet. Die Förderung unserer heimischen Nahrungsmittelerzeugung ist um so dringender, als die Erfüllung des Ultimatums uns zwingen wird, den **Abbau der bisherigen Zuschußwirtschaft des Reiches in der Lebensmittelversorgung** in die Wege zu leiten. (Sehr richtig! im Zentr. und bei den Dem. — Hört, hört, bei den Verein. Komm.) **Zweifellos wird diese Maßnahme in Verbindung mit allen weiteren Belastungen, die uns das Ultimatum bringt, dazu führen müssen, die Preise der Lebenshaltung auf der einen, die Löhne und Gehälter auf der anderen Seite im Rahmen der gesamten wollswirtschaftlichen Belange in das rechte Verhältnis zu bringen.**

Zum Schluß rufe ich Sie alle ohne Unterschied der Partei auf (Rufe von den V. K.: Amnestie!), uns bei dem Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten inneren und äußeren Werte zu unterstützen. (Rufe von den V. K.: Amnestie!)

Um diese Unterstützung auszubauen, ist das **Reichskabinett** ergänzt worden durch den Herrn Reichsminister Dr. Rathenau. Die Auswahl des Wiederaufbauministers in der Person des Herrn Dr. Rathenau erfolgte frei von jeder parteipolitischen Erwägung. Der Gedanke, eine organisatorische Kraft zu gewinnen, die im Kriege in Organisationsformen sich bewährt hatte, war das Leitmotiv, diesen Mann für die Reichsregierung zu gewinnen. Er wird Gelegenheit haben, im Laufe der Debatte Ziel und Richtung seiner Arbeit Ihnen vortragen zu können.

Ich darf Sie noch einmal bitten: Helfen Sie uns, daß unser Volk nicht sittlich auf den Stand eines kleinen, von Schiebern und reichen Reisenden ausgebeuteten Ländchens in irgendeinem Winkel Europas herabsinkt. Helfen Sie uns aber auch alle, die großen finanziellen Leistungen zu vollbringen, die wir übernommen haben. Diese Bitte richtet sich auch an diejenigen, die seinerzeit Gegner der Unterzeichnung des Ultimatums waren, die aber uns zuerkennen werden, daß wir, die wir anderer Meinung waren, ebenso wie sie aus ehrlicher Ueberzeugung über das Wohl unseres Vaterlandes entschieden haben. (Beifall. Rufe von den V. K.: Amnestie! Amnestie! Erneuter Beifall.)

Präsident Löbe schlägt vor, jetzt die Sitzung abzubrechen und die nächste Sitzung Donnerstag mittag 1 Uhr stattfinden zu lassen. Tagesordnung: 1. Interpellation des Abg. Dr. Petersen betr. die Vorgänge in Oberschlesien. 2. Die Interpellation Gallwitz. 3. Die Besprechung der Regierungserklärung.

Abg. Ledebour (U. S. P. D.):

Wir beantragen, mit der Besprechung der heutigen Regierungserklärung die Besprechung der Anträge zu verbinden, die wir wegen Erlaß einer Amnestie, wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes und wegen Abschaffung der Sondergerichte gestellt haben. Ferner auch die Interpellation, die mit gleicher Tendenz von den Kommunisten gestellt worden ist. Wir halten es deshalb für notwendig, daß diese Anträge mit der Besprechung der Regierungserklärung verbunden werden, weil nach unserer Auffassung zur Ergänzung des Regierungsprogramms eine klare Stellungnahme der Regierung zu den hier angeregten Fragen absolut erforderlich ist. —

Abg. **Hoffmann** (Komm.): Ich bedaure, daß die Regierung nicht selber die Amnestie an die Spitze ihres Programms gestellt hat. Eine Regierung, die durch die Revolution an die Spitze gekommen ist, hat die Pflicht, Amnestiefragen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Der Antrag Ledebour wird angenommen.

Abg. **Simon** (U. S. P. D.): Ich beantrage, daß als zweiter Punkt der Antrag des Volkswirtschaftlichen Ausschusses auf die Tagesordnung gesetzt wird, der bezweckt, daß denjenigen Erwerbslosen, die länger als 26 Wochen erwerbslos sind, eine einmalige Beihilfe gewährt und auch die Unterstützung über 26 Wochen hinaus ausgedehnt wird. Da der Antrag im Volkswirtschaftlichen Ausschuß einstimmig Annahme gefunden hat, können wir diesen Antrag auch hier im Plenum ohne Debatte annehmen.

Abg. **Hoffmann** (Komm.): Ich stimme dem Antrag Ledebour zu, obwohl die „Freiheit" in einem Artikel unsern gestern gestellten gleichen Antrag als plumpe Demagogie bezeichnete.

Abg. **Ledebour** (U. S. P. D.): **Gestern lag dieser Antrag, der an demselben Tag hier zur Tagesordnung gestellt werden sollte, nach dem Verlangen der Kommunisten, noch gar nicht vor.** Man kann nicht Anträge auf die Tagesordnung stellen, die noch gar nicht bekannt waren, ja noch nicht einmal dem Antragsteller bekannt geworden waren. **Der Ausdruck „plumpe Demagogie" in der „Freiheit" war deshalb vollkommen berechtigt.**

Abg. Höllein (Komm.) polemisiert unter großer Unruhe des Hauses gegen Ledebour. — Der Antrag Simon wird dann ebenfalls angenommen. Schluß 5¾ Uhr.

Sie leben von der Lüge

Würden die Kommunisten sich an die Wahrheit halten, so würden auch ihre eigenen Anhänger bald die Unzulänglichkeit und Sinnlosigkeit der Haltung ihrer Partei einsehen. Um das zu verhindern, greifen die Kommunisten, gerechtfertigt durch Lenins bekanntes Wort, zur systematischen Anwendung der Lüge. Ein Musterbeispiel dafür ist die Berichterstattung der „Roten Fahne" über die Behandlung der Arbeitslosenfrage im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages. Obwohl wir bereits über diese Verhandlungen berichtet haben, wollen wir den wahren Sachverhalt noch einmal in aller Kürze darstellen:

Das Verlangen der Arbeitslosen richtet sich in erster Linie nach Beschaffung von Arbeit. Belebung des Wirtschaftslebens ist deshalb ihre dringendste Forderung. Von diesem Standpunkt ausgehend, hat der Genosse Dißmann im Volkswirtschaftlichen Ausschuß das Problem der Arbeitslosigkeit als das dringendste Wirtschaftsproblem behandelt. Um den bürgerlichen Parteien und der Regierung klarzumachen, daß ihre ablehnende Haltung zu einer Erhöhung der Unterstützungssätze, die Arbeitslosen dem völligen Elend ausliefert, weil die Arbeitslosigkeit nicht vorübergehend, sondern dauernd ist, und daß in einer ganzen Reihe von Industrien die Arbeitslosigkeit noch ständig zunimmt, verlangten die Unabhängigen von der Regierung die sofortige Vorlage eines Berichts über den Stand der einzelnen Wirtschaftszweige. Der Sinn dieses Antrages war die Absicht, den bürgerlichen Parteien die Ablehnung der Erhöhung der Unterstützungssätze gegenüber ihren eigenen Anhängern unmöglich zu machen. Als infolge der Zusage der Regierung, die gewünschten Angaben in kürzester Zeit zu erstatten, die Sicherheit bestand, daß keine Verschleppung der Anträge eintreten würde, dafür aber vielleicht eine Aenderung der Haltung der Regierung und eines Teiles der bürgerlichen Parteien erzwungen werden könnte, **bestand im Ausschuß keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß am folgenden Tage nur die Anträge zur Abstimmung gebracht werden sollen, die die Hilfe für die langfristig Erwerbslosen bezwecken. Das war auch die Meinung des kommunistischen Abg. Maltzahn, der dieser Feststellung des Vorsitzenden des Ausschusses nicht widersprach.**

Wenn nun die „Rote Fahne" behauptet, daß Dißmann erklärt habe, die Unabhängigen verzichteten auf die Abstimmung über die von ihnen selbst gestellten Anträge, so ist das eine bewußte Unwahrheit. Ueber die Anträge wird in einigen Tagen erneut verhandelt und auch abgestimmt. Wie richtig diese Haltung der sozialistischen Parteien war, stellt ja, wenn auch unfreiwillig, die „Rote Fahne" in ihrer Dummheit selbst fest. Sie schreibt:

> „Die Ablehnung dieser Anträge durch die Regierung bei der Abstimmung hätte zweifellos zur Folge gehabt, daß auch die gesamten bürgerlichen Parteien im Reichstage die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und die Entschädigung der Kurzarbeiter abgelehnt hätten."

Wie ernst es der Unabhängigen Partei mit der Hilfe für die Erwerbslosen ist, das hat sie gestern im Plenum des Reichstags gezeigt, wo auf ihre Initiative hin beschlossen wurde, den Teilantrag des Ausschusses für die langfristig Erwerbslosen bereits heute zu verhandeln. Der Antrag wird auch Annahme finden, wenn nicht die Kommunisten das durch die bei ihnen übliche Radaupolitik, die von einer wirklichen Hilfe für die Arbeitslosen ja nichts wissen will, verhindern.

Immer noch Waffenschiebungen

Der unabhängige Abgeordnete Horn hat im Reichstage folgende kleine Anfrage eingebracht:

In Stettin sind von dem Direktor der Zentral-Arbeitsgenossenschaft, Herrn Collatz, an Herrn Max Raebel, daselbst, 1000 Gewehre Modell 98, 500 Karabiner Modell 98, 100 Maschinengewehre (schwere und leichte), 3 Minenwerfer, 1000 Handgranaten, 1000 Pistolen, 400 000 Schuß S.-Munition, 50 000 Schuß Maschinengewehrmunition in Gurten, 200 Ferngläser, 50 Zielfernrohre, diverse Pakete Sprengkapseln, die in der Stettiner Grenadierkaserne lagerten, zum Preise von 400 000 M. verkauft worden. **Dem Käufer wurde zur Pflicht gemacht, diese Waffen und Munition nur an die „Rechtsparteien" weiterzugeben.** Ein Lastauto, beladen mit vier leichten Maschinengewehren, 61 Gewehren Modell 98, 94 Handgranaten, 9 Paketen Sprengkapseln, 4 großen Kisten Munition, 7500 Schuß enthaltend, und 6 Fechtmasken, wurde aus der Grenadierkaserne am 19. März mit Hilfe des aktiven Leutnants Jürgens und Hauptmanns Irmler von der Reichswehr herausgeschafft, um diese Waffen nach Berlin und von dort per Bahn nach München zu transportieren. Hierfür sollte der Betrag von 11 300 M. gezahlt werden. Herr Raebel hat diese Waffenschiebungen der Stettiner Polizei mitgeteilt und veranlaßt, daß sie beschlagnahmt werden konnten; **jedoch scheint nichts getan zu sein, um die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen und die zurückgebliebenen Waffen und Munition in Sicherheit zu bringen.**

Sind der Reichsregierung, insbesondere dem Reichswehrministerium, diese Vorgänge bekannt, und was gedenkt sie zu tun, um die noch vorhandenen Waffen sicherzustellen und die Schuldigen ihrer Bestrafung zuzuführen?

U. S. P. D.
Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Freitag, 3. Juni, abends 7 Uhr

finden in der Stadtgemeinde Berlin

25 große öffentl. Versammlungen

statt in folgenden Lokalen:

Residenz-Festsäle, Landsberger Str. 21.
Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 49.
Viehhofbörse, Eldenaer Straße.
Büttners Festsäle, Schwedter Str. 23-24.
Schulaula Manteuffelstr. 7.
Schulaula Lyceum, Greifswalder Str. 25.
Schulaula Gleimstr. 49.
Voigt-Theater, Badstr. 58.
Pharussäle, Müllerstr. 142.
Germania-Säle, Chausseestr. 110.
Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstraße.
Neukölln-Britz: Kliems Festsäle, Hasenheide.
Pankow: Konzerthaus Linder, Breite Str. 34.
Weißensee: Neues Volkstheater, Charlottenburger Straße 120.
Reinickendorf-Ost: Bürgergarten, Hauptstr. 51.
Lichtenberg: Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99.
Cöpenick: Schweizergarten, Lindenstraße.
Charlottenburg: Aula Königin-Luise-Schule, Danckelmannstraße 26.
Spandau: Neues Stadttheater, Potsdamer Straße.
Wilmersdorf: Oberrealschule, Am Seepark.
Schöneberg: Aula Hohenzollernschule, Belziger- Ecke Eisenacher Straße.
Mariendorf: Aula des Gymnasiums, Kaiserstraße.
Adlershof: Wöllsteins Lustgarten, Bismarckstr. 73.
Niederschöneweide: Schulaula, Berliner Str. 31.
Treptow-Baumschulenweg: Brauns Gesellschaftshaus am Bahnhof Treptow.

Tagesordnung:

Regierungsbildung — Regierungsprogramm und die Arbeiterschaft!

Wir erwarten, daß für diese äußerst wichtigen Versammlungen überall rege Propaganda gemacht wird, da es wichtig und notwendig ist, volle Klarheit über die gegenwärtige politische Lage und die Stellung der U. S. P. zu schaffen.

Darum, Genossen!
Agitiert und sorgt für Massenbesuch!

Aus dem Preußenparlament

Eine unerwartete Welfendebatte

Im Preußenparlament kam es am Mittwoch ganz unerwartet zu einer Welfen-Debatte. Bei der Besprechung der Interpellation über das Kommunalabgabengesetz hatte der kommunistische Abgeordnete Katz dem Präsidenten Leinert vorgeworfen, daß er in Hannover den Kapp-Putsch begünstigt habe. Herr Leinert ergriff als Abgeordneter das Wort und verwahrte sich gegen diesen Vorwurf. Der welfische Abgeordnete Biester sprang dem Kommunisten bei und erklärte, Leinert habe sich bei dem Kapp-Putsch das Mandat eines Staatskommissars geradezu von hinten herum erschlichen. Leinert habe damals auch eine Truppe nach Hannover gerufen, und zwar das sogenannte Hindenburg-Bataillon, von dem er hätte wissen müssen, daß es auf Kapps Seite stand. Das Blut, das dann in Hannover geflossen sei, komme auf Leinerts Haupt. Das würde auch Leinerts Parteifreund, der Abgeordnete Müller-Hameln, bestätigen können.

Leinert versuchte diese ihm recht unangenehme Behauptung abzuschwächen; man hat aber den Eindruck, daß ihm das nicht restlos gelungen ist. Er drehte dann den Spieß um, und machte den Welfen den Vorwurf, daß sie während des Kapp-Putsches die Absicht gehabt hätten, eine selbständige Republik Hannover ins Leben zu rufen. Ihm selbst sei von den Welfen das Anerbieten gemacht worden, Präsident der neuen Republik zu werden, da gerade er für diesen Posten der geeignete Mann sei. Später sei dann die Umwandlung der Republik Hannover in eine Monarchie vorgesehen gewesen. Die Welfen hätten sogar mit dem Auslande in Verbindung gestanden und sich dort nach Hilfe umgesehen. Welfische Abgeordnete hätten in dieser Angelegenheit u. a. auch bei dem französischen General in Mainz vorgesprochen. Durch die Amnestie sei eine strafrechtliche Verfolgung der Schuldigen leider unmöglich gemacht worden.

Die Mitteilungen Leinerts erregten großes Aufsehen, und es kam zu recht lebhaften Zwischenfällen. Der Abgeordnete Biester versuchte, den Eindruck abzuschwächen, ohne daß ihm dieses Vorhaben gelungen wäre. Die Tatsache, daß sich die Welfen mit der Schaffung eines selbständigen Staates Hannover sehr ernsthaft beschäftigt haben, kann jedenfalls nicht mehr abgeleugnet werden.

Bei der Beratung des Antrages der Deutschnationalen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Selbständigkeit der neugeschaffenen Gemeinde Groß-Berlin wesentlich einschränken und die Zentralgewalt beseitigen soll, leistete sich der deutschnationale Abgeordnete Koch eine Rede, die von Unwahrheiten und nichtswürdigen Verdächtigungen strotzte. Die Tätigkeit dieses Mannes im Berliner Stadtparlament, insbesondere seine Wut darüber, daß die Arbeitslosen öffentlich unterstützt werden und somit nicht ganz verhungern können, ist so hinreichend bekannt, daß es sich nicht lohnt, sich mit der Rede eines solchen Mannes ernsthaft auseinanderzusetzen. Das Bürgertum, das einen solchen Mann Glauben schenkt oder ihm gar politisch Achtung entgegenbringt, kennzeichnet sich damit selbst.

Am Donnerstag wird der Finanzminister Sämisch eine Erklärung über den neuen preußischen Etat abgeben.

Die Zeugengebühren

Auf eine Anfrage im Reichstage über die Zeugengebühren hat der Justizminister erklärt: „Die Gebühren für Zeugen und Sachverständige sind erst durch die Verordnung vom 22. Mai 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 1068) auf das Zweieinhalbfache der durch das Gesetz vom 10. Juli 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 214) eingeführten Sätze, und zwar die Höchstbeträge der Zeugengebühren auf 3,75 Mark und die der Sachverständigengebühren auf 7,50 Mark und bei besonders schwierigen Leistungen auf 15,— Mark für jede angefangene Stunde heraufgesetzt worden. Die Frage, ob und inwieweit diese Sätze einer abermaligen Erhöhung bedürfen, wird gegenwärtig von der Reichsregierung im Benehmen mit den Regierungen der Länder geprüft. Die Erörterungen sind noch nicht abgeschlossen."

Verbandstag der Angestellten

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

Weimar, 1. Juni.

Der Verbandstag der Angestellten beschloß am Mittwoch: Die verschiedenartige Auffassung über die Auslegung der Beiratsbeschlüsse zur 3. Internationale hat eine Anzahl Delegierte veranlaßt, bei der gestrigen Abstimmung über die Bestätigung der Beiratsbeschlüsse mit nein zu stimmen. Die Abstimmung hat ein falsches Bild der grundsätzlichen Auffassungen des Verbandstages zur Gewerkschaftsinternationale ergeben. Um die in der grundsätzlichen Stellungnahme zur Moskauer Gewerkschafts-Internationale bestehende Einmütigkeit der großen Mehrheit des Verbandstages zum Ausdruck zu bringen, beschließt der Verbandstag, den gestern bestätigten Beiratsbeschlüssen folgende Fassung zu geben:

„Mitglieder, die einen Beamten- oder Funktionärposten bekleiden sollen, müssen sich ausdrücklich verpflichten, in unserem Verbande nur nach unseren Satzungen, den Beschlüssen des Beirats und Verbandstages, den Richtlinien des A. D. G. B. und des Afa-Bundes, insbesondere nach dem Afa-Beschluß vom 20. 9. 1920 zu arbeiten. Sie müssen den Internationalen Gewerkschaftsbund zu Amsterdam als internationale Zusammenfassung der Gewerkschaften anerkennen, diesen in jeder Weise fördern und die gewerkschaftlichen Leitsätze der Moskauer Gewerkschafts-Internationale, ebenso wie alle anderen, die freigewerkschaftliche Bewegung schädigenden Bestrebungen bekämpfen."

Obstruktion in Braunschweig

Die bürgerlichen Parteien des Freistaates Braunschweig, die sich im Landeswahlverband zu einem reaktionären Block zusammengeschweißt haben, sind im braunschweigischen Landtag in Obstruktion getreten. Der Landtag war im vorigen Jahre für ein Jahr neu gewählt worden. Es ergab sich eine knappe sozialistische Mehrheit, wobei die Kommunisten das Zünglein an der Wage bildeten. Die Regierung hatte nun beschlossen, den Landtag so lange weiter tagen zu lassen, bis die Verfassung erledigt sei. U. S. P. D. und S. P. D. unterstützten diesen Vorschlag, die Kommunisten stimmten gemeinsam mit den Reaktionären dagegen. Ein Beweis, wie sehr es die Kommunisten verstehen, die politische Situation auszunützen. Um eine Auflösung des Landtags zu erzwingen, bleiben die bürgerlichen Parteien den Beratungen fern, sie machten damit das Haus sowohl am Dienstag als auch am Mittwoch beschlußunfähig. Der Landtag ist daraufhin auf den 7. Juni vertagt worden.

Regierungskrise in Oesterreich

DA. Wien, 1. Juni.

Heute nachmittag fand ein Kabinettsrat statt, in dem Bundeskanzler Dr. Mayr die Demission der Regierung ankündigte. Die Demission wurde vom Kabinettsrat zur Kenntnis genommen. Der Bundeskanzler Dr. Mayr wird vom Bundespräsidenten Hainisch mit der Fortführung der Geschäfte betraut werden. Mittags sprachen im Wiener Außenamt die Vertreter der Entente vor, um neuerdings einen Protest wegen der Anschlußabstimmungen der österreichischen Regierung zu übermitteln.

Es ist nach Mitteilungen aus Ententekreisen die Gefahr vorhanden, daß die Entente Ungarn nicht auffordern wird, nach der Ratifizierung des Friedens von Trianon Westungarn zu räumen. Weiter verlautet, daß, falls die Abstimmung in der Steiermark durchgeführt wird, die Jugoslawen in Steiermark einmarschieren. Ueber die Pläne der Tschechoslowakei liegen lediglich Vermutungen vor.

Kleine Nachrichten

Der Arbeitsplan des Landtags. Der Aeltestenrat des Preußischen Landtags besprach am Mittwoch vor Beginn der Vollsitzung die Geschäftslage. Finanzminister Sämisch wird am Donnerstag den Haushalt einbringen. Er wird dazu lediglich finanztechnische Ausführungen ohne politischen Charakter machen. Das Haus will sich dann bis Montag vertagen. Am Montag und Dienstag soll die erste Beratung des Haushalts stattfinden. Es sollen zwei Rednerreihen sprechen. Darauf soll der Etat dem Ausschuß überwiesen werden. Um diesem Zeit für kräftige Förderung der Arbeiten zu geben, sollen für die weiteren Tage der Woche keine Plenarsitzungen stattfinden. Man will auf alle Fälle den Haushalt vor Eintritt in die Sommerferien, die voraussichtlich Mitte Juli beginnen werden, verabschieden.

15 Jahre Zuchthaus für einen Kommunistenführer. Das außerordentliche Gericht in Hagen (Westf.) verhandelte am Dienstag in dreistündiger Sitzung gegen den Kommunisten Bowensiepen, der am Osterdienstag die Leitung des Kommunistenaufstandes in den Händen gehabt haben sollte. Das Gericht verurteilte Bowensiepen zu 15 Jahren Zuchthaus mit der Begründung, daß seine Taten lediglich gemeine Verbrechen seien und mit Politik nichts zu tun hätten.

Bestrafte agrarische Steuerhinterzieher. Der Leiter des Finanzamtes Salzwedel, Regierungsrat Groth, veröffentlicht die Bestrafung einer Reihe von Personen, vorwiegend Landwirten, wegen falscher Steuerangaben. Es sind 19 Personen zu insgesamt 1¼ Million Strafe vom Finanzamt verurteilt worden. Es handelt sich um das gleiche Finanzamt, das neulich den Inhaber eines Bankgeschäfts mit 332 000 M. bestraft hatte.

Vor einem polnisch-litauischen Kompromiß. Auf der litauisch-polnischen Konferenz hat Huysmans nach der „Dena" einen Plan vorgelegt, der als Grundlage für die weiteren Verhandlungen diente. Von den beiden Delegationen ist dieser Entwurf geprüft worden, ein Kompromiß zwischen Polen und Litauen in der litauischen Frage auf der Basis des belgischen Projekts gilt als gesichert.

HERMANN TIETZ

Allerfeinste Naturbutter zum billigsten Tagespreis

Gefrierfleisch

Rinderkamm .... Pfund	6⁵⁰	Schmorfleisch ohne Knochen .... Pfund	9⁵⁰
Querrippe .... Pfund	7⁵⁰	Schabefleisch .... Pfund	12⁰⁰
Rinderbrust und Fehlrippe .... Pfund	8⁰⁰	Gehacktes .... Pfund	9⁰⁰

Frisches Fleisch

Rinderkamm .... Pfund	10⁰⁰	Hammelfleisch .... Pfund	12⁰⁰
Rinderbrust u. Fehlrippe .. Pfund	11⁰⁰	Kalbskamm .... Pfund	8⁰⁰
Schmorfleisch mit Knochen .... Pfund	11⁵⁰	Kalbskeulen .... Pfund	9⁵⁰

Obst, Gemüse

Garten-Erdbeeren Pfd.	9⁰⁰
Kirschen .... Pfund	5⁵⁰
Stachelbeeren unreif. Pfund	2²⁵
Salat .... Kopf	35 Pf.
Spinat .... Pfund	50 Pf.
Kohlrabi .... Mandel	2²⁵
Jg. Schoten .... Pfund	2²⁵
Jg. Mohrrüben .... Bund	1⁷⁵
Grüne Gurken .... Stück	3⁵⁰
Spargel .... Pfund von	50 Pf. an
Blumenkohl ... Kopf von	2⁷⁵ an

Wild, Geflügel

Rehrücken .... Pfund	15⁰⁰
Rehkeulen .... Pfund	16⁰⁰
Rehblätter .... Pfund	11⁵⁰
Reh-Kochfleisch .. Pfund	5⁵⁰
Kaninchen gefr., ohne Kopf und Füße, Pfund	4⁰⁰
Junge Gänse Pfd. 12⁵⁰	15⁰⁰
Suppenhühner Ia, Pfund	16⁰⁰
Tauben .... Stück	7⁵⁰

Wurstwaren

Rotwurst nach Thüringer Art ..... Pfund	11⁰⁰
Landleberwurst .... Pfund	12⁰⁰
Grobe Mettwurst .... Pfund	18⁰⁰
Mettwurst nach Braunschweiger Art Pfund	21⁰⁰
Teewurst prima .... Pfund	25⁰⁰
Kulmb. Bierwurst .... Pfund	24⁵⁰
Zervelatwurst .... Pfund	26⁵⁰
Salami .... Pfund	26⁵⁰

Fische, Räucherw.

Lebende Schleie .. Pfund	10⁰⁰
Leb. Aale mittel u. stark, Pfd.	19⁵⁰
Kabliau kopflos, im ganzen, Pfund	1²⁰
Schellfische .... Pfund	1²⁰
Gr. Salzheringe 4 Stück	95 Pf.
Räucherflundern Pomm. Pfund	3⁵⁰
Räucheraale Mecklenburg stark, . Pfund	23⁰⁰
Lachsheringe .... Stück	1⁰⁵

Käse, Fette

Harzer Käse .... Pfund	7⁴⁰
Tilsiter .... Pfund	5⁷⁰
Camenbert Ia. .... Stück	2⁹⁰
Emmenthaler .... Pfund	30⁰⁰
Roquefort .... Pfund	28⁰⁰
Margarine .... Pfund	7¹⁰
Rindertalg ausgelassen .. Pfund	7⁵⁰
Butterfett .... Pfund	9⁰⁰
Schweineschmalz (gar. rein) Pfund ...	9⁵⁰
Gebr. Kaffee täglich frisch in eigener Rösterei geröstet .. Pfund	19⁵⁰
Dänisch. Sahne Flasche	5⁵⁰

Haushalt-Pudding in verschiedenem Geschmack .... Paket	85 Pf.
Sultanaspeise .... Paket	1¹⁰
Cumberlandspeise .... Paket	1⁷⁵
Vanille-Saucenpulver .... Paket	40 Pf.
Rote Grütze .... Paket	95 Pf.
Schokoladenspeise .... Paket	2²⁵

Weinbrand-Verschnitt mit *	½ Fl. 20⁰⁰	⅟₁ Fl. 38⁵⁰
Deutscher Weinbrand mit ***	½ Fl. 27⁵⁰	½ Fl. 52⁵⁰
Weinbrand-Verschnitt mit **	½ Fl. 23⁰⁰	⅟₁ Fl. 45⁰⁰
Hate-Liköre sortiert ...	½ Fl. 23⁰⁰	⅟₁ Fl. 45⁰⁰
1918er Montagna Naturrotwein 20% Steuerzuschlag	⅟₁ Fl. 11⁵⁰	5 Fl. 55⁰⁰
1919er Oberhardt. Maikammer. 20% Steuerzuschlag	⅟₁ Fl. 11⁵⁰	5 Fl. 55⁰⁰
Cherry-Brandy Ia Qual.	½ Fl. 27⁵⁰	⅟₁ Fl. 52⁵⁰
Tarragona vorzügl. Qualität		⅟₁ Fl. 20⁰⁰
Jam. Rum-Verschnitt	½ Fl. 26⁰⁰	⅟₁ Fl. 50⁰⁰
Sonnengartner Dessertwein		⅟₁ Fl. 25⁰⁰

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
Uhr: Das Postamt
Die Komödie der Irrungen

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7 Uhr:
Die St. Jakobsfahrt

Staatstheater.
Opernhaus
½ Uhr: Bohème
Schauspielhaus
½ Uhr: Peer Gynt

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
½: Potasch u. Perlmutter
Kammerspiele
½ Uhr: Der Strohhut
Großes Schauspielhaus
Karlstraße
Ⅱ.: Ein Sommernachtstraum
(4. Abteilung, 6. Abend)

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
Täglich 7.30 Uhr:
Mit dem Feuer spielen
Uhr: Satans Maske
(Orska, Riemann, Wilde)

Berliner Theater:
Das Milliarden Souper
7.30 Uhr: Hilde Wörner, Uschi Elleot, Ralph Arthur Roberts, Herb. Kiper, Paul Rehkopf

Komödienhaus:
Allabendlich 7.30 Uhr:
Der
blonde Engel
von Robert Wintersberg
Paul Heidemann a. G., Josefine Dora v. Staatsth. a. G., Inge von der Straaten, Ija Marten, Georg Baselt, Kurt Busch, Julius Noggs.

Thea. a. Kott.-Tor
Tel. Moritzplatz 16077
Täglich 7½ Uhr:
Elite-Sänger
— 10 Herren! —
Vorvk. 11—1½ u. 4—6

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky
Sommerspielzeit:
7 Uhr: Zum 1. Male:
Die Ballerina des Königs
Lustspiel in 4 Akten von Rudolf Presber und Leo Walter Stein.
(Konstantin, Götz)
Freitag bis Montag 7½ Uhr:
Die Ballerina des Königs

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Rosenmontag
(Haack, Loos)

Trianon-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Max Adalbert
in
Ab dafür
von Impekoven u. Mathern

Residenz-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Lady Windermeres Fächer
von Oskar Wilde.

Kleines Theater
½8 Uhr: **Nur ein Traum**

Thalia-Theater
7½ Uhr: **Mascottchen**

Theater am Nollendorfplatz
7½ Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Komische Oper
7½ **Die Oper** 7½
Alt-Heidelberg

8 U. **Folies Caprice** 8 U.
am Oranienburger Tor
Der ledige Ehemann
mit Ferd. Grünecker

Rose-Theater
7½ Uhr:
Wo die Schwalben nisten

½8 **Casino-Theater** ½8
Nur noch einige Aufführungen
Bollrich & Sohn

Walhalla-Theater
7½ Uhr:
Die Scheidungsreise

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Täglich:
Großer
Witwenball

7½ **Apollotheater** 7½
Friedrichstraße 218
Täglich:
Tip-Tip Hurrah!
oder
Der Sport-Schlemihl
mit Wilhelm Hartstein

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich 4½ Uhr:
Die Schönste von Allen
Operette von Jean Gilbert
• Varieté-Sensationen •

Behrenstraße 54.
7½ Uhr:
Int. Damen-Boxkämpfe
Fritokie
Heinrich Kohlbrandt
Feemas Comp.
Eugen Milardo
3 Hugos
Gerda Gerdina
Lola Thomas u. Partner
Peter Pfeiffer
C. O. Pilinay
Vivian Vanity
3 Bowerys

Neue Welt
Arnold Scholz — Hasenheide 108/114

Heute
Donnerstag, den 2. Juni 1921
Konzert und
Spezialitäten-Vorstellung

Gr. Riesenfronten-Feuerwerk

Schlußfront: Amor in Aktion
ausgeführt vom Pyrotechniker E. Vielandt
Anfang 5 Uhr — Einlaß 3 Uhr

Münzen :: Briefmarken
kauft Großmann, Johannisstr. 4.
Zugang v. d. Friedrichst. (Nr. 108) Norden 10621

Neues Angebot
Schokoladen-Block 100 g von Mk. 3.20 an
Schokoladen-Tafel 100 g von Mk. 3.30 an
nur gute Qualitätsware.
Bonbons = Dragees in großer Auswahl zu Fabrikpreisen
Negerküsse :: Goliathstäbe
G. Wechselmann, Berlin W, Linkstraße 20
Fernsprecher: Nollendorf 879

Geschlechtsleiden
Harnröhrenleiden, frisch und speziell veraltet, Syphilis, Mannesschwäche, Weissfluss behandelt ohne Berufsstörung
Dr. med. Dammanns Heilanstalt
Berlin M 6, Potsdamer Strasse 123 B.
Sprechstunden: 9 bis 11, 3 bis 6, Sonntags 10 bis 11. Belehr. Brosch. mit zahlr. Dankschr. u. Angabe bewährter Heilmittel ohne Quecksilb. u. andere Gifte gegen M. 2,— diskret in verschloss. Doppelbriefe ohne Absender. Leiden genau angeben.

Wanzen weg, wie deren Brut
vertilgt restlos nur Kammerjäger Berg's Nicobaal! Erfolg verblüffend. Kinderl. anzuw. Dankschreiben u. überall.
— **Beste Zeit zur Brutvernichtung.** —
Erhältlich in allen Drogerien und Apotheken und bei sämtlichen Warenhäusern A. Wertheim, sonst portofrei von Hermann A. Groesel, Berlin, Königgrätzer Str. 49

Von der Reise zurück
Dr. Freymann
Charlottenbg., Knobelsdorffstr. 4

Prismengläser
und Pistolen kauft
Kirstein, Linienstr. 50.

Seifen
Vertreter, welche d. d. einschl. Kundschaft bestens eingeführt sind, gesucht für
grössten Schlager.
Seifenfabrik Marcis & Mendel Charlottenburg, Spreestraße 7.

Kolonie Zeesen,
wenige Minuten vom Bhf. landschaftlich schön und bequem erreichbar gelegen, verkaufe Landparzellen von 1800 M. an bei kleiner Anzahlung und günstigsten Zahlungsbedingungen. Vertreterbesuch kostenlos.
W. Koschatzky,
Berlin C 54,
Rosenthaler Str. 39
9—4. Teleph.: Norden 5002.

Kupfer
Messing, Zinn, Quecksilber, Platin-, Gold-, Silberbruch
Händlern Extrapreise!
Brunnenstr. 11
Beusselstraße 29
Fennstraße 48

Alt-Metalle
verkauft man nur richtig
Borsigstraße 1

Händler
Seife, Lichte, Schuhcrem, Streichhölzer
jetzt konkurrenzlos billig!
Nur gut. Qualitätsware
Dietz,
Kl. Frankfurter Str. 13

Apotheker
Parteigenosse, kaufmännisch sehr versiert, organisatorisch befähigt,
sucht per sofort od. später **Anstellung**
gleichviel welcher Art in Partei, Krankenkasse oder Gewerkschaft. Gefl. Off. „D. 78“ Exped. d. Bl. Berlin C, Breite Straße 8-9.

X. Distrikt
Berichtigung
Die Einäscherung des Genossen
Carl Ewald
Anklamer Str. 15, findet heute nachm. 4 Uhr im Krematorium Gerichtstr. (Gr. Halle) statt.
Der Vorstand.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer
Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen
Donnerstag, den 2. Juni, abends 7½ Uhr, im Lokal „Deutscher Hof“, Luckauer Str. 15
Vertrauenspersonen-Versammlung
Tagesordnung:
Bericht über die Verhandlungen mit den Berliner Prinzipalen.
Ohne Legitimation kein Zutritt!
Massini. Gloth.

Volks-Reise-Verband
Neukölln
Münchener Straße 53
Ferienfahrten 1921
Vom 1.—27. August: 3 Fahrten nach Tirol (je 14 Tage)
„ 18.—25. Juni: Durch den Harz (7 Tage)
„ 18.—25. Juni: Durch den Odenwald zum Neckar nach Heidelberg (7 Tage)
Näheres in der soeben erschienenen Nr. 4 „Der Reisegenosse“

Wo gibts die billigsten Seifen
bei Seifenschneider, Pücklerstrasse 44.

Botenfrau sofort gesucht!
Spedition Reifewitz
Lichtenberg, Tasdorfer Str. 25

Botenfrauen stellt sofort ein
Spedit. Johannisstr. 9
(Ecke Artilleriestr.)

8 Volksversorgungstage
ab Freitag, den 3. Juni

Gemusterte Anzugstoffe M. 150.—, 125.—, 95.—, 75.—, 50.—	35⁰⁰
Blaue Cheviotstoffe 142 cm breit .... von M.	70⁰⁰ an
Blaue Kammgarnstoffe für Anz. u. Kost., gar. reine Wolle, 142 cm br.	90⁰⁰
Gestreifte Hosenstoffe von M.	75⁰⁰ an
Marengo-Paletotstoffe 142 cm breit .... von M.	69⁰⁰ an

Die Wahrheit
ist
dass ich meine sämtl. Lagerbestände **ganz bedeutend** ohne Rücksicht auf meinen Einkauf herabgesetzt habe.
Tatsachen beweisen.
Bitte beachten Sie nebenstehende Artikel mit Preisen, die ich aus der Fülle meiner Lagerbestände herausgreife und **Sie haben den Beweis.** In diesen Ausnahmetagen biete ich Ihnen eine nie wiederkehrende Gelegenheit. Zu den denkbar günstigsten Preisen kaufen Sie bei mir Anzugstoffe, Hosen, Paletots, Covercoats, Schlüpfer, speziell Homespuns, Gabardine, Kleiderstoffe, Kostümstoffe usw

Homespuns über 140 cm breit von M.	75⁰⁰ an
Schlüpferstoffe modernste Farbstellung, 140 cm breit .... M.	85⁰⁰
Covercoats imit., 140 cm breit von M.	80⁰⁰ an
Gabardine garantiert reine Wolle, 130 cm breit .... von	98⁰⁰ an
Reklame-Angebot! Grosse Posten **Kostümstoffe** 128-30 cm br., gar. reine Wolle	99⁵⁰

Tuchhaus M. E. Freitag,
Berlin C, Molkenmarkt 14-15.

Groß-Berlin

Butter in großen Mengen vorhanden

Am Dienstag wurde die Zwangswirtschaft für Butter aufgehoben, und bereits am gestrigen Mittwoch fand eine Butter-Auktion statt. Der Deutsche Butter-Auktionsverband hat in der Mühlenstraße einen Butter-Auktionssaal eingerichtet. Die Versteigerungen finden von den höchsten abwärts zu den niedrigen Preisen statt, und zwar mittels eines holländischen automatischen Versteigerungsapparates in Form einer großen Uhr. Die einzelnen Posten von Butter werden ausgeboten, ein riesiger Zeiger läuft über die hohen Preise zu den niedrigen Preisen. Will ein Käufer zu einem bestimmten Preis einen Posten Butter haben, dann drückt er auf einen an seinem Platz befindlichen Knopf und der Zeiger bleibt stehen. Zu gleicher Zeit erscheint innerhalb des Ziffernblattes, elektrisch beleuchtet, die Nummer des Käufers. Eine ruhige Versteigerung, ohne Lärm, ohne Schreien, denn alles verfolgt aufmerksam den Weg des Preiszeigers.

Wer denkt, daß keine Butter vorhanden ist, der irrt sich gewaltig. Sie ist im freien Handel für 26 Mark das Pfund erhältlich und war nur unter der Zwangswirtschaft nicht da, weil die notleidenden Landwirte auf höhere Preise spekulierten und die Butter lieber verschoben haben, als zur Ablieferung zu bringen. Jetzt, durch Aufhebung der Zwangswirtschaft winken höhere Preise und schon ist Butter in großen Mengen auf dem Markt.

Bei der Versteigerung wurden rund 1180 Faß à 50 Kilo angeboten. Nur rund 400 Faß fanden Abnehmer, weil der Preis den Käufern (nur Butterhändler haben Zutritt) wohl zu hoch erschien. Im Durchschnitt wurden für das Pfund Butter etwas über 18 Mark bezahlt. Auch dieser Preis ist viel zu hoch. Die Arbeiterschaft, wenigstens die breite Masse, kann sich den Luxus nicht erlauben und gute Butter kaufen. Sie hat auch gar keine Veranlassung dazu, denn solange solch unsinnige Preise für Molkereibutter gefordert werden, wird jede Hausfrau zu hochwertigen Fetten und guter Margarinebutter greifen.

Die Schupo gegen Ausflügler

Kürzlich teilten wir mit, daß von der Oberförsterei Potsdam völlig unbegründeterweise das Baden im Sakrowsee verboten sei. Wir knüpften daran die Frage, wer wohl daran Anstoß genommen haben mag.

Es scheint so, daß die Veranlassung zum Badeverbot von einer höheren Instanz ausgeht. Denn in den letzten Tagen hat die Schupo zweimal eine Razzia am Tegeler See nach Badenden abgehalten und eine Anzahl Personen festgestellt, „die gebadet und im Walde umhergetollt haben“. Einige davon sollen sogar völlig unbekleidet gewesen sein. — Für die an der Razzia beteiligten Beamten soll sofort nach Beendigung ein dienstlicher Kirchgang stattgefunden haben.

Bei der letzten Razzia am Sonntag begnügte man sich nach dem Polizeibericht damit, alle Badenden und im Walde Lagernden auf eine Stelle zusammenzubringen und ihnen dann eine Verwarnung zu erteilen.

Beteiligte der unfreiwilligen Versammlung schildern uns diese „Verwarnung“ als eine Art von Nachäffung des militärischen Appells, bei dem der gestrenge Herr Hauptmann sich ein besonderes Vergnügen daraus machte, die angetretenen Mannschaften wie dumme Jungen herunterzuputzen. Bei der Schupo sind eine ganze Anzahl von leitenden Beamten, die nur eine militärische Ausbildung genossen haben und daher für den Verkehr mit dem Publikum völlig ungeeignet sind. Aber auch die anderen Vorgänge bei dieser überflüssigen Streife, die man wohl mehr zum eigenen Sonntagsvergnügen unternommen hatte, veranlaßt uns, gegen Wiederholung energisch zu protestieren. Es wurde verboten, ohne Jacke herumzulaufen, ebensowenig duldete man das Barfußgehen. Kinder sollten nicht im Turnanzug spielen und noch mehr solcher lächerlicher Anordnungen wurden getroffen.

Bei dem Vorgehen am Tegeler See beruft man sich darauf, daß Warnungstafeln vorhanden sind, nach denen das Baden untersagt ist. Statt nun einfach das Naheliegendste und Vernünftige zu tun, die Warnungstafeln zu beseitigen, belästigt man die Spaziergänger.

Es muß gefordert werden, daß das Baden an allen Gewässern gestattet wird und nur dort Warnungstafeln errichtet werden, wo infolge besonderer Verhältnisse Lebensgefahr für die Badenden besteht. An allen anderen Stellen muß das Baden freigegeben werden. Die vorhandenen Freibäder, die ja eigentlich keine Jahre, da die Eröffnung der Flußbadeanstalten recht lange auf sich warten ließ. Es ist unerhört, daß die Vorbereitungen für die 15. Mai dem Verkehr übergeben werden konnten.

In der gleichen Angelegenheit schreibt uns ein Leser: Seit 6 Jahren hat am Baden im Müggelsee, am Strande zwischen den Wasserwerken und dem sogenannten Freibade, niemand Anstoß genommen. Der Strand wurde im Sommer von hunderten weniger Bemittelten besucht, zumal das Baden im Freibade bei der enormen Ueberfüllung schon nicht mehr zu einer Erholung zu rechnen war.

Am 31. Mai, nachmittags um 4 Uhr, tauchten plötzlich 4 schwerbewaffnete Grüne auf, schwärmten am Strande aus und forderten im Kasernenhoftone die Badenden auf, sofort das Wasser zu verlassen und sich anzuziehen. Auf unsere Anfrage, weshalb denn mit einem Male verboten würde, was man 6 Jahre geduldet, berief sich der eine auf eine Verordnung von 1914.

•

Am 1. Juni werden zunächst die beiden Flußbadeanstalten an der Ebertsbrücke und an der Mühlenstraße eröffnet. Die Eröffnung der übrigen Anstalten erfolgt in den nächsten Tagen, sobald die polizeiliche Abnahme durch das zuständige Wasserbauamt bewirkt worden ist. Die Benutzungszeit ist bis zum Beginn der großen Schulferien einstweilen auf 12 Uhr mittags bis 7 Uhr abends festgesetzt. Die Badepreise betragen 40 Pfennig für Erwachsene und 20 Pfennig für Kinder.

Der letzte „billige“ Tag auf der Eisenbahn

Der 31. Mai, der letzte Tag, an dem die alten Fahrpreise noch Gültigkeit hatten, hat, wie zu erwarten war, auf den Berliner Bahnhöfen einen Riesenandrang gebracht. Wer es nur irgend ermöglichen konnte, hatte seinen Urlaub noch in die letzten Tage des Mai gelegt, um so die letzten, sozusagen noch billigen, Fahrpreise ausnutzen zu können. Namentlich auf dem Görlitzer Bahnhof herrschte in den nach dem Riesengebirge führenden Zügen ein Gedränge, das an den großen Ansturm zu Beginn der Sommerferien erinnerte. Bei dieser Gelegenheit konnte die Eisenbahnverwaltung aber auch Feststellungen über die Abwanderung der Fahrgäste in die unterste Wagenklasse machen. Bei den Personenzügen waren die Wagen 4. Klasse derart überfüllt, daß der Fahrdienstleiter sich gezwungen sah, noch einige Waggons „vierter Güte“ anzuhängen. Die in den Zügen mitlaufenden Wagen 3. Klasse wiesen kaum eine normale Beanspruchung auf, dagegen herrschte in den Abteilen 2. Klasse eine geradezu gähnende Leere. Aehnlich lagen die Verhältnisse auf dem Anhalter Bahnhof, wo in den nach Süddeutschland laufenden Zügen in der 4. und 3. Klasse eine beängstigende Fülle herrschte, die angesichts der warmen Witterung nicht gerade zur Erleichterung der Fahrt beitrug. Auch auf dem Stettiner und Potsdamer Bahnhof konnte man die gleichen Beobachtungen machen. Da in den kommenden Wochen der Reiseverkehr bekanntlich sich noch sehr wesentlich verstärkt, wird es sich empfehlen, daß die Eisenbahndirektion Vorkehrungen trifft, um denjenigen Fahrgästen, die nicht in der Lage sind, die unerschwinglichen Preise für die 1. und 2. Klasse anzulegen, wenigstens einigermaßen die Möglichkeit zu bereiten, auf der zehn und mehr Stunden dauernden Fahrt nach dem Süden oder Westen des Reiches Sitzgelegenheit zu finden.

Der Postverkehr nach Oberschlesien

Der Postverkehr mit der Provinz Oberschlesien ist seit dem 3. Mai nahezu völlig unterbrochen. In Breslau und Oppeln sind große Mengen von Sendungen angesammelt, deren Bearbeitung und Aufbewahrung ernste Schwierigkeiten verursacht. Ein Abfluß der seit Wochen angesammelten Briefsendungen kann nur allmählich herbeigeführt werden. Die Annahme von Einschreibsendungen jeder Art, von Postaufträgen, Postanweisungen und Nachnahmen sowie von Drucksachen, Warenproben, Geschäftspapieren und Mischsendungen nach Oberschlesien ist daher vorläufig gänzlich eingestellt worden.

Zugelassen werden bis auf weiteres nur gewöhnliche Briefe, Postkarten und durch die Post bezogene Zeitungen auf Gefahr des Absenders. Die Beförderung dieser Sendungen in das Aufstandsgebiet läßt sich aber nur durchführen, wenn die Bevölkerung den Briefverkehr auf das allergeringste Maß einschränkt und nur Sendungen wirklich wichtigen und dringenden Inhalts aufliefert.

Der Mord in der Malplaquetstraße

Die Bluttat in der Malplaquetstraße, der die 32 Jahre alte Frau des Kraftdroschkenbesitzers Meinhardt zum Opfer gefallen ist, kam Mittwoch vor dem Schwurgericht des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lehmberg zur Verhandlung. Die von Staatsanwalt Dr. Schneidewin vertretene Anklage lautete nicht auf Mord, sondern auf das mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohte Verbrechen gegen den § 214 St.G.B., nach welchem sich derjenige des erschwerten Totschlags schuldig macht, der bei Begehung einer strafbaren Handlung, um ein ihm entgegentretendes Hindernis zu beseitigen bzw. um sich seiner Festnahme zu entziehen, einen Menschen tötet. Als Verteidiger des Angeklagten fungiert Rechtsanwalt Dr. Pröll. — In dem Ermittlungsverfahren spielte ein auf einer Visitenkartenschale hinterlassener blutiger Fingerabdruck des Täters eine große Rolle. Da nach dem ganzen Befunde nur eine mit den örtlichen Verhältnissen ziemlich genau vertraute Person in Frage kommen konnte, richtete Kriminalkommissar Tegtmeyer, der die Ermittlungen leitete, sein Augenmerk auf die näheren Bekannten des Ehemannes der Ermordeten und stieß dabei auf den jetzigen Angeklagten Knappe. Ein von diesem unauffällig abgenommener Fingerabdruck ergab absolute Uebereinstimmung mit dem an der Visitenkartenschale befindlichen blutigen Abdruck. Als Tegtmeyer dem Angeklagten die Tat auf den Kopf zusagte, brach Knappe nach anfänglichem Leugnen zusammen und räumte die Tat ein. Gerade an Knappe hatte man nicht gedacht, da er es war, der dem Ehemann der Ermordeten gegenüber sein tiefstes Beileid über die scheußliche Tat als einer der ersten ausgedrückt und den Wunsch geäußert hatte, die Polizei möge den Schuft von Mörder möglichst bald fassen. Der 19jährige Angeklagte hatte ferner mit einer beispiellosen Gefühlsroheit an der Beerdigung seines Opfers teilgenommen und von dem geraubten Geld einen Kranz gekauft. Schließlich war er mit dem Mann der Ermordeten in einer Droschke vom Friedhof nach Hause gefahren. Das Urteil steht noch aus.

Aus der Verhandlung sind wesentlich neue Momente nicht hervorzuheben. Der Angeklagte ist zwar noch unbestraft, er hat aber schon verschiedenes auf dem Kerbholz, ist aber bis dahin immer noch mit einem blauen Auge davongekommen. Er erklärte, den Plan gefaßt zu haben, dort einzubrechen, wenn Frau Meinhardt abwesend wäre. Diesen Plan führte er an dem kritischen Tage aus, da er wußte, daß Frau Meinhardt zum Geburtstage ihrer Schwester gegangen war. Plötzlich sei er von der Frau Meinhardt überrascht worden. Er habe sich auf sie gestürzt und ihr einen Knebel in den Mund gesteckt. Von dem gestohlenen Geld hat er mehr als 3000 M. verausgabt, wo der Restbetrag von zirka 3000 Mark geblieben ist, ist nicht recht aufzuklären.

Nach dem Gutachten des Medizinalrats Prof. Dr. Strauch ist der Tod der Frau Meinhardt an Erstickung erfolgt. Die Frau befand sich in einem hochschwangeren Zustande und ist anscheinend, als sie am Boden lag, von dem Angeklagten noch in rohester Weise mit Fußtritten bearbeitet worden. Was den Geisteszustand des Angeklagten zur Zeit der Tat betrifft, so hat Prof. Dr. Strauch keine körperlichen noch sonstigen Anhaltspunkte dafür gefunden, daß seine freie Willensbestimmung bei der Tat im Sinne des § 51 ausgeschlossen gewesen wäre. Staatsanwalt Dr. Schneidewin führte den Geschworenen das Entsetzliche und Grausige dieser unerhörten Tat vor Augen. Die Geschworenen haben nicht nach dem Gefühl, sondern nach dem Recht zu urteilen, und so könnten sie den Angeklagten nur wegen Totschlages bei Unternehmung eines schweren Diebstahls schuldig sprechen. Der Verdacht sei sehr groß, daß der Angeklagte mit kalter Ueberlegung die arme Frau zu Tode gebracht habe, doch bestehe immer noch die Möglichkeit, daß er ohne die haarscharfe Ueberlegung vorsätzlich auf die Frau eingedrungen sei, um ihren Mund verstummen zu lassen und sich selbst zu retten. Rechtsanwalt Dr. Pröll: Die Verhandlung hat nicht den vollen Beweis erbracht, daß der Angeklagte, als er, von der Frau überrascht, auf sie losschlug, den Vorsatz der Tötung gehabt und die Folgen seiner Tat vorausgesehen hat. — Auf Grund des Spruches der Geschworenen wurde der Angeklagte wegen Körperverletzung mit Todeserfolg unter Versagung mildernder Umstände zu 10 Jahren Zuchthaus und 10jährigem Ehrverlust verurteilt.

13. Verwaltungsbezirk. Gleich zu Beginn der letzten Bezirksverordnetensitzung gab es bei Behandlung einer Anfrage unseres Genossen Buchweitz stürmische Auftritte. Die Anfrage behandelte den Versuch des früheren stellvertretenden Gemeindevorstehers Thormann, die Aufbauarbeiten im Bezirk zu sabotieren. Die Demokraten, die sich hinter Thormann stellten, erhielten von unserem Genossen Kubig, der als Bürgermeister das Wort nahm, eine starke Abfuhr. Bei Beratung des Punktes 5, Antrag der Brennstoffkommission auf Anlage eines Kohlenplatzes in Niederschönhausen, kam es zu einer stürmischen Auseinandersetzung. Genosse Hiege als Dezernent hatte die Vorlage zu vertreten. Gleich zu Beginn seiner Ausführungen setzte im Zuhörerraum ein ohrenbetäubender Lärm ein. Die Bürgerlichen hatten eigens zu diesem Zweck die Kohlenhändler auf die Beine gebracht, um den Gedanken der Kommunalisierung auf diese Weise zu bekämpfen. Besonders Herr Gebhardt von der Wirtsch. Vergg. versuchte mit allen Mitteln gegen die Vorlage anzukämpfen. Genosse Hiege ging mit diesem Herrn besonders scharf ins Feld und hatte hierbei die Mehrheit der Versammlung auf seiner Seite. Infolge der langen Debatten konnte ein großer Teil der Tagesordnung nicht erledigt werden, so daß Vertagung eintreten mußte.

Der Magistrat beriet in seiner letzten Sitzung über die Satzungen der Deputation für die Allgemeine Wohlfahrt, für die Jugendwohlfahrt und für Kunst und Bildungswesen. Entwürfe gelangten zur Annahme. Außerdem wurde über Auflösung der

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Hermania Zur Mühlen
Copyright by Der Malik-Verlag Berlin-Halensee 1921

(17. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

80.

Die J. W. Ws. waren wieder in American-City aufgetaucht, hatten gewagt, ein neues Hauptquartier zu eröffnen. Peter wagte selbstverständlich nicht, sich dorthin zu begeben, doch lernte er etliche junge Burschen, die Mc Givnen ihm brachte, an, lehrte sie die Sprache der Roten und wie man sich unter die Genossen einschleicht. Bald darauf war einer der Burschen Sekretär der Lokalgruppe und überbrachte Peter zweimal die Woche Berichte über das Tun und Treiben der Roten. Peter und Gladys arbeiteten eine neue Bombenverschwörung aus, um die allgemeine Aufmerksamkeit auf diese gefährlichen Leute zu lenken, — da erfuhr Peter eines Tages durch die Zeitung, eine gütige Vorsehung habe ihm die Feinde ausgeliefert.

In einem Waldstaat des fernen Nordwestens, in einer kleinen Stadt namens Centralia, war das Hauptquartier der J. W. Ws. gestürmt und zerstört worden, wie dies in American-City geschehen war. Sie hatten einen anderen Versammlungsort bestimmt, und abermals hatten die Mitglieder der Handelskammer und der Kaufmanns- und Fabrikantenvereinigung in einer Geheimsitzung beschlossen, sie zu vernichten. Die J. W. Ws. hatten sich an die Autoritäten gewandt und Schutz verlangt, als ihnen dieser verweigert ward, druckten sie ein Flugblatt und appellierten an das Publikum. Trotzdem gaben die Geschäftsleute ihren Plan nicht auf. Am Jahrestag des Waffenstillstands wurde eine Soldatenparade arrangiert, die an dem Hauptquartier der J. W. Ws. vorbeimarschieren sollte. Etliche der begeisterteren Mitglieder trugen in den Händen Stricke, als Symbol ihrer Wünsche, — vor dem Hauptquartier machten sie halt, schickten sich an, zu stürmen. Sie erbrachen die Tür, waren schon halb in das Gebäude eingedrungen, als die J. W. Ws. zu schießen anfingen und etliche der Feinde töteten.

Natürlich brachte dies den Mob zum Rasen. Die Männer im Hauptquartier wurden halbtot geprügelt, ins Gefängnis geworfen, gefoltert. Einer wurde in einem Automobil verschleppt, kastriert und dann gehängt. Freilich wurde darauf geachtet, daß die Berichte, die an jenem Abend von Centralia ausgeschickt wurden, die richtigen waren. Am folgenden Morgen las ganz Amerika in den Zeitungen, eine Gruppe J. W. Ws. habe sich mit Flinten bewaffnet und kalten Blutes auf einen friedlichen Paradezug unbewaffneter Veteranen geschossen.

Selbstverständlich wurde das ganze Land vor Empörung halb verrückt. Die Gusseys, Mc Givneys und Grimes aller Staaten erkannten, ihre Zeit sei gekommen. Peter gebot dem Sekretär der J. W. W.-Lokalgruppe, für den gleichen Abend eine Versammlung einzuberufen, dort eine Resolution zu unterbreiten des Inhalts, die Zeitungsberichte aus Centralia seien erlogen. Zur gleichen Zeit hielt einer von Gusseys Leuten, ein einstiger Offizier, der noch Uniform trug, eine Versammlung der „Amerikanischen Legion“ ab, stachelte die jungen Burschen mit Hetzreden auf, so daß um neun Uhr etliche Vierzig mit Eisenstangen bewaffnet auszogen, das Hauptquartier der J. W. Ws. stürmten, die Mitglieder mit den Eisenstangen auf den Kopf schlugen, etliche veranlaßten, aus dem Fenster zu springen, wobei sich einige die Füße brachen. Am folgenden Morgen brachte die „Times“ mit Freudengebrüll den Vorfall, und der Staatsanwalt Burchard erklärte offiziell, die wackeren Soldaten würden nicht bestraft werden; die J. W. Ws. forderten ja stets direkte Aktion, nun würden sie wohl zufrieden sein.

Durch den allgemeinen Beifall ermutigt, von Gusseys Exoffizier angestachelt, stürmten die Mitglieder der „Amerikanischen Legion“ alle radikalen Zusammenkunftsorte der Stadt, die Redaktion der „Trompete“, das Hauptquartier der Sozialistischen Partei und beschlagnahmten zahllose Bücher und Schriften. Auch Buchhandlungen stürmten sie, durchsuchten alle Zeitungskioske der Stadt; wo immer sie rote Zeitschriften, wie die „Nation“ oder die „New Republic“ fanden, zerrissen sie die Exemplare, bedrohten die Verkäufer mit Arrest. Sie drangen auch in den Saal einer literarischen Gesellschaft ein, des „Ruskin-Clubs“, der meist von liebenswürdigen, harmlosen alten Damen besucht wurde, und erschreckten die alten Damen derart, daß diese in hysterische Krämpfe verfielen. Dann entdeckten sie den „Club der Russen“, der bisher unbelästigt geblieben, weil er ein pädagogisches Institut war. Aber natürlich konnte man in diesen Tagen keinem Russen trauen — alle waren Bolschewiki oder würden Bolschewiki werden, was auf das gleiche herauskam. Deshalb organisierte Gussey einen Sturm auf das Gebäude, etwa zweihundert Russen wurden halbtot geschlagen, die Treppen hinabgeworfen, aus den Fenstern geschleudert. Einem ältlichen Mathematiklehrer wurde der Schädel eingeschlagen, einem Musiklehrer wurden die Zähne ausgeschlagen.

Es gab etliche Millionen junger Amerikaner, die in Uniform staken, Gewehre besaßen, einexerziert waren und noch keinen Kampf miterlebt hatten. Diese Burschen sehnten sich nach Kampf, und nun ergab sich dazu eine günstige Gelegenheit. Dieser Kampf war ebenso aufregend wie der im Schützengraben, hatte außerdem noch den Vorzug, weniger gefährlich zu sein. Wenn diese dann heimkehrten, fehlten ihnen keine Glieder, verzweifelte Angehörige erhielten nicht die Nachricht vom Verlust ihrer Söhne. Etliche törichte Frauen taten sich zusammen, machten einen Umzug, um gegen die Blockade Rußlands zu protestieren. Die Krieger überfielen diese Frauen, zerrissen ihnen die Gewänder, die Fahnen, die Polizei schleppte sie ins Gefängnis. Einmal kam ein wohlbekannter Sportsmann daher, trug eine rote Krawatte; die Krieger hielten ihn für einen Bolschewik, stürzten sich auf ihn und erschlugen ihn fast. Nach diesem Vorfall wurden Proteste laut, es gab Leute, die behaupteten, es sei nicht klug, bei der Verteidigung von Ordnung und Gesetz allzu viele Gesetze zu übertreten. Die Staatsanwaltschaft fand einen Ausweg, die jungen Soldaten wurden zu Gehilfen des Sheriffs befördert, trugen nun Abzeichen, so daß alles in Ordnung war, wenn sie Heime stürmten oder Leute verprügelten.

81.

Peter Gudge machte oft diese Streifzüge mit, fand zu seinem Erstaunen, er leide an den gleichen „Komplexen“ wie die jungen Soldaten. Seit fünf Jahren hatte Peter nur schon Kriegsberichte gelesen und keinen Kampf miterlebt, nun fühlte er plötzlich, daß er gerne kämpfen würde. Früher hatte ihn die Angst vor einer Verletzung vor dem Kampf zurückschrecken lassen, nun jedoch, da diese Gefahr nicht vorlag, fand er die Sache äußerst belustigend. In vergangenen Zeiten war er so oft ein Feigling genannt worden, daß er es schließlich selbst geglaubt hatte, jetzt erkannte er, dies sei nicht wahr, er sei ebenso tapfer wie irgendein anderer in der Menge.

(Fortsetzung folgt.)

Krankenernährungsstelle zum 15. August beraten. Es wurde beschlossen, die Ausgabe von Krankenmilch auf Grund ärztlicher Zeugnisse noch bis zum 30. Juni, die Krankenbrotversorgung noch bis Mitte August fortbestehen zu lassen. Die Vertrauensärzte haben diese Maßnahme nicht nur gebilligt, sondern sie ausdrücklich befürwortet.

Um eine ungestörte Weiterbewilligung der Milchgeldzuschüsse zu gewährleisten und Schädigungen der Gesundheit der Säuglinge und Kleinkinder unbedingt zu vermeiden, hat der Magistrat beschlossen, die Milchverbilligung in der neuen Stadtgemeinde Berlin auch vom 1. April 1921 ab bis auf weiteres nach den bisherigen Grundsätzen fortzuführen und zu diesem Zwecke 400 000 M. aus Vorschußmitteln bewilligt und die Stadtverordnetenversammlung um Zustimmung ersucht.

Milch gab es heute in Berlin zum ersten Male wieder frei, ohne Karten in genügender Menge, d. h. ein jeder, der 1 Mark zahlte, erhielt ein Quantum Milch nach Belieben der Händler. Es genügte aber bescheidenen Ansprüchen. Mit dem „Hintenherum" und den hohen Wucherpreisen ist es nun vorbei, jetzt gibt es nur noch kleine Wucherpreise. Zahlreiche Familien können sich Milch zu 4 Mark pro Liter nicht kaufen.

Das nächste Städt. Volkskonzert des Blüthner-Orchesters (Opern- und Operettenabend) findet Donnerstag, 8 Uhr, in den Germania-Prachtsälen, Chausseestr., statt.

Der Mann mit der gequetschten Nase. Am 13. Mai wurde der 73 Jahre alte Zigarrenhändler Friedrich Kegel aus der Hobrechtstraße 8 zu Neukölln in seinem Laden niedergeschlagen und beraubt. Der Greis erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß er in fast hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte. Es gelang den Aerzten, ihn am Leben zu erhalten, er liegt aber im Krankenhause immer noch schwer danieder. Die Ermittelungen der Kriminalpolizei führten bald zu dem Verdacht, daß Verwandte des Ueberfallenen wenigstens mittelbar an der Tat beteiligt seien. Er verdichtete sich im Laufe der Untersuchung so stark gegen den Schwiegersohn, den Produktenhändler Alfred Hesse, daß dieser jetzt in Untersuchungshaft genommen wurde. Eine Zeugin hat am Vorabend der Tat einen Mann aus dem Kegelschen Laden herausstürmen sehen. Der Mann warf unter drohenden Worten die Ladentür zu und ging nach der Kaiser-Friedrich-Straße. Er kehrte nochmals um, um wieder nach dem Geschäft zu gehen. Dieser Mann soll eine Art Gummimantel und eine Brille oder einen Kneifer getragen haben. Mit Bestimmtheit will die Zeugin in ihm einen Mann wiedererkennen, den sie bereits zweimal vorher in dem Laden des Kegel bemerkt hat. Ein charakteristisches Kennzeichen sei seine eigenartig geformte verquetschte Nase gewesen. Eine derartige Nase hat nun tatsächlich Hesse. Er ist auch von der Zeugin bestimmt als der Mann wiedererkannt worden, den sie gesehen hat. Hesse bestreitet jede Schuld und will nicht der von der Frau gesehene Mann sein.

Die „Wiener Marie". Die Kartenlegerin und Wahrsagerein spielte eine Diebin, die oft erhebliche Werte erbeutet hat. Dienstmädchen in herrschaftlichen Wohnungen erhielten in der letzten Zeit oft den Besuch einer Frau, die über die Hintertreppe kam und sich erbot, ihnen aus den Karten oder aus der Hand oder dem Kaffeesatz die Zukunft zu offenbaren. Die Frau hielt sich stets solange auf, bis das Mädchen zu diesem oder jenem Zwecke von der Hausfrau aus der Küche herausgerufen wurde. Dann raffte sie zusammen, was ihr mitnehmenswert erschien und verschwand. Wäschestücke oder was Mädchen sonst gebrauchen konnten, verkaufte sie aus ihrer Beute gleich in dem nächsten Hause, das sie aufsuchte, an das Mädchen einer anderen Herrschaft, die sie dann wieder bestahl. Silberzeug, das ihr in die Hände fiel, machte sie anderswo zu Geld. Endlich gelang es der Kriminalpolizei, die Spezialistin zu fassen. Sie entpuppte sich als eine 42 Jahre alte Schneiderin Marie Möbitz aus der Muskauer Straße, die unter dem Namen die „Wiener Marie" im Süden der Stadt bekannt ist, weil sie sich meistens in der Wiener Straße umhertrieb.

Gewerkschaftliches

Zusammenbruch eines kommunistischen Verbandes

Das Organ des Deutschen Landarbeiter-Verbandes berichtet in ihrer Nummer 11 von dem totalen Zusammenbruch des kommunistischen „Freien Landarbeiter-Verbandes", der in Ostpreußen seinen Sitz hatte. Der ehemalige Kreisleiter Bour gründete dieses Verbändle aus politisch-persönlicher Gehässigkeit und bestätigte sich gleich in üblicher kommunistischer Manier, die sich insbesondere gegen den Gauleiter des Verbandes E. Schnell richtete. Die Folge davon war eine umfangreiche Beleidigungsklage, die anfangs Mai in Allenstein ausgetragen wurde.

Bour selbst, der vor kurzem erst aus der Untersuchungshaft entlassen ist, bat anläßlich des Termins um friedliche Beilegung, und es kam dann folgender Vergleich zustande:

„Der Angeklagte Bour nimmt die Beleidigung mit dem Ausdruck des Bedauerns als unrichtig zurück und verpflichtet sich, die Kosten des Verfahrens, einschließlich des vereinbarten Honorars für den Rechtsanwalt des Privatklägers zu tragen und die Publikation des Vergleiches in der Verbandszeitung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes für die Provinz Ostpreußen zu veranlassen."

Bour äußerte im Anschluß daran, wir sollten im Kreise Osterode uns fleißig rühren, damit die Christen nicht ein Erbe bekämen.

Wie weiter mitgeteilt wird, geht diese verkrachte kommunistische Gründung ihrem Ende entgegen und das Organ „Der Landarbeiter" schreibt zum Schluß:

So findet eine Bewegung an der Stirn das Brandmal der Zerstörung der Einheit der Arbeiterschaft und der Schwächung ihres Einflusses tragend, ihr selbstverdientes Ende.

Dazu beizutragen, daß alle vom Irrwahn geheilten Kollegen den Weg zur alten Organisation wieder zurückfinden, das muß die heiligste Aufgabe aller Mitglieder der Organisation sein. Hoffentlich beherzigen dies alle Landarbeiter für alle Zukunft.

Zum Straßenbahnerstreik in Potsdam

Der Streik der Potsdamer Straßenbahner hat eine Verschärfung erfahren. Bekanntlich hatte der Magistrat der Organisation der Verkehrsarbeiter mitgeteilt, daß diejenigen Straßenbahner, die am Mittwoch morgen die Arbeit nicht wieder aufnehmen, fristlos entlassen werden sollen. Am Dienstag abend haben nun die Straßenbahnangestellten beschlossen, weiter im **Streik zu verharren,** und teilten der Stadt diesen Beschluß mit. Daraufhin hat der Magistrat sämtlichen Schaffnern und Fahrern die Kündigung wegen Vertragsbruches zugestellt. Um ein eventuelles Uebergreifen des Streiks auf die Elektrizitätswerke zu verhindern, hat der Magistrat die üblichen — „Maßnahmen" getroffen. Die Bürgerlichen sind auch gewillt, falls die Elektriker doch streiken sollten, in den — Bürgerstreik zu treten.

Diese Kraftmeiereien sollten sich der Magistrat und die Herren Bürgerlichen schenken und lieber versuchen, auf dem Wege der Verhandlung die strittigen Fragen zu lösen.

Der Waldenburger Streik gewerkschaftlich anerkannt

Der Bergarbeiterstreik im Waldenburger Revier, der bisher als wild bezeichnet wurde, hat nunmehr die Billigung der in Frage kommenden Gewerkschaftsorganisationen erhalten. In einer am 29. Mai stattgefundenen Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute erklärten die Organisationsvertreter, daß sie den Streik nunmehr anerkennen und er jetzt von seiten der Organisation geführt würde. Diese Erklärung ist abgegeben worden durch die Freien Gewerkschaften, den Christlichen Gewerkverein und den Gewerkverein Hirsch-Duncker.

Zum Streik der Mineralwasserarbeiter

Die in den Groß-Berliner Mineralwasserfabriken beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher, welche dem Deutschen Transportarbeiterverband angehören, haben den Tarifvertrag, der vor zwei Jahren mit dem Verband der Mineralwasserfabrikanten vereinbart worden ist, zum 31. Mai 1921 gekündigt. Gleichzeitig ist auch das Lohnabkommen vom 18. Februar 1921 gekündigt worden. Die Organisation hat nun den Unternehmern, die in den meisten Fällen nur wenige Arbeiter und hauptsächlich auch nur in den Sommermonaten beschäftigen, einen Tarifvertragsentwurf rechtzeitig eingesandt mit dem Ersuchen, Verhandlungen zwecks gegenseitiger Verständigung ansetzen zu lassen.

Statt dessen teilen die Fabrikanten mit, „daß der Verband zurzeit nicht in der Lage ist, eine Erhöhung der Löhne für das Gewerbe eintreten zu lassen".

In einer am 31. Mai cr. stattgehabten außerordentlich stark besuchten Versammlung der in Frage kommenden Arbeitnehmer ist nun zu der Antwort der Arbeitgeber Stellung genommen worden, und die Beteiligten beschlossen, auf die Provokation der Fabrikanten die **sofortige Arbeitseinstellung** vorzunehmen.

Wir ersuchen die Kundschaft, das konsumierende Publikum und auch die Groß-Berliner Arbeiterschaft, die in ihrem berechtigten Kampfe stehenden Mineralwasserarbeiter zu unterstützen.

Zum Verbandstag der Holzarbeiter. Um etwaigen irrigen Auslegungen der Besprechung zum Verbandstag zu begegnen, ersucht uns unser Mitarbeiter, mitzuteilen, daß die Frage des Reichstarifs bereits entschieden ist und keiner grundsätzlichen Erörterung mehr bedarf. Zur Frage der Arbeitsgemeinschaft heißt es: „Der Berliner Verbandstag hat die Arbeitsgemeinschaftspolitik gebilligt und der Vorstand hält auch heute noch an dieser fest."

U. S. P. D.-Eisenbahner. Heute, abends 6½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Engelufer 15, sehr wichtige Besprechung aller U. S. P. D.-Genossen des D. E. V.

Tagung der deutschen Bergarbeiter

k. **Gießen,** 31. Mai.

3. Verhandlungstag.

Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung kommt ein Begrüßungsschreiben der italienischen Bergarbeiter zur Verlesung. Die italienischen Kameraden senden brüderliche, solidarische Grüße und Wünsche und geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen getragen sein möchten von dem Geiste internationaler Solidarität. Ein weiteres Glückwunschtelegramm ist eingetroffen von dem Internationalen Rat von Moskau, der gleichzeitig zum Kongreß der 3. Internationale einlädt. —

Sodann wird der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen und ohne Debatte genehmigt. Die eigentliche Tagesordnung beginnt sodann mit dem Korreferat über die Tätigkeitsberichte.

Korreferent Dresch-Saarbrücken führt aus, daß sich auf diesem Kongreß zwei Weltanschauungen gegenüberstehen. Die eine glaube durch Demokratie zum Sozialismus zu kommen, während die Opposition den Glauben habe, durch Diktatur das Ziel zu erreichen. Die Frage müsse so gestellt werden: was ist durch die bürgerliche Demokratie für die Arbeiterschaft erreicht worden? Die Antwort müsse lauten: **nichts.** Dresch ist der Meinung, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise die

Bankrotterklärung des Kapitalismus

ist und daß dabei die Kämpfe auf dem Rücken der Arbeiterschaft ausgefochten werden. Der Redner kritisiert weiter das Ueberschichtenabkommen, durch das eine Ueberproduktion in Erscheinung trat, die die deutsche und ausländische Kollegenschaft schädigte und die Unternehmer veranlaßte, die Betriebe zu schließen. Die Opposition verlange vor allem **Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft.** Dresch manipuliert dann mit den üblichen kommunistischen Argumenten, erklärt, alle Nachrichten über Rußland seien Lügen und landet bei der Forderung, zu Informationszwecken Bergarbeiter nach Rußland zu senden.

Dann beginnt die eigentliche

Generaldebatte

über die Geschäftsberichte.

Pieper-Dortmund kritisiert das Vorgehen des Verbandsvorstandes, das den Statuten widersprach. Der Kampf dürfe nicht nur geführt werden gegen Unionisten und Syndikalisten, sondern vor allem gegen den Totfeind der Arbeiterklasse, das Kapital.

Bode-Hildesheim bespricht die Lohnverhältnisse in der Kaliindustrie. In dieser Industrie würden zurzeit die schlechtesten Löhne bezahlt. Er begründet eine Resolution, in der Protest erhoben wird gegen das empörende Verhalten der Unternehmer des Kalibergbaues, welche den vom Arbeitsministerium als verbindlich erklärten Schiedsspruch über die Lohnregelung ab 1. November 1920 nicht anerkennen, sondern noch das ordentliche Gericht anrufen, um ihn zu inhibieren.

Kramer-Saarbrücken gibt eine Schilderung der Bestrebungen im Saargebiet, die dortige Sozialversicherung von der deutschen zu trennen. Das kommende Reichsknappschaftsgesetz und Reichsberggesetz bringe nur Vorteile für die übrige Kollegenschaft.

Ein Delegierter aus Waldenburg weist daraufhin, daß man in Niederschlesien versuche, den 7-Stundentag durch den 8-Stundentag zu ersetzen. Büth-Köln führt Klage über die im Erzbergbau noch bestehende 7½-Stundenschicht. Weimeier-Haushamm-München steht auf dem Standpunkt, daß an den Tarifverträgen festgehalten werden muß. Intensive

Schulung der Betriebsräte

sei dringend nötig.

Es sprechen noch Engelhard-Suderwich über das Wohnungswesen, der weiter erklärt, daß das Gerede der kommunistischen Opposition von der Einigkeit nicht weit her sei, denn wer nicht für die Moskauer Richtung sei, der werde von den eigenen Klassengenossen terrorisiert. Kurze-Halle spricht über den Lohnabbau im Mansfelder Gebiet. Mempel-Wilhlingshafen wünscht, daß die politischen Debatten auf der Generalversammlung ausgeschaltet werden, dafür soll **praktische Gewerkschaftsarbeit** geleistet werden. Die Diskussion über die Tätigkeitsberichte wird sodann auf Mittwoch vertagt.

De Wet-Holland überbringt ein herzliches Glückauf der holländischen Kameradschaft.

Vorsitzender Husemann gibt noch Kenntnis von einem eingegangenen

Glückwunschschreiben der Franzosen,

die durch ihren eigenen Kongreß verhindert sind, der deutschen Tagung beizuwohnen.

Weiter ist ein 18 Seiten langes Telegramm vom Altrussischen Bergwerksverband eingelaufen, daß die Grüße von 100 000 russischen Bergarbeitern überbringt. Das Telegramm enthält u. a. Schimpfereien auf den angeblichen Verrat der deutschen Gewerkschaftsführer und lädt zum Schluß zum Internationalen roten Kongreß nach Moskau ein. — Hierauf werden die Verhandlungen auf Mittwoch vertagt.

Die Bergarbeiter gegen Moskau

Ein Telegramm übermittelt uns folgendes:

Gießen, 1. Juni.

Der Kongreß des Verbandes deutscher Bergarbeiter lehnte heute den kommunistischen Antrag auf Anschluß an die Moskauer Internationale mit überwältigender Mehrheit ab. 700 Delegierte sprachen sich für das Verbleiben beim Amsterdamer Gewerkschaftsbund aus, sieben stimmten für Moskau.

Der dritte Leipziger Prozeß

Am zweiten Verhandlungstage wird in der Zeugenvernehmung fortgefahren. Zeuge George Taverner sagt aus, die Arbeit sei zu schwer gewesen, und die Engländer seien sich deshalb einig geworden, nicht weiter zu arbeiten. Der Unteroffizier habe daraufhin einige von ihnen geschlagen. Neumann habe **mit der Faust und dem Kolben** zugeschlagen. Der Präsident hält dem Zeugen vor, daß eine ganze Reihe englischer Zeugen erklärt habe, die Arbeit sei nicht zu schwer gewesen.

Zeuge Thomas Benson bekundet, die Gefangenen hätten nicht die Arbeit verweigert, sondern sich lediglich bei dem Unteroffizier beschwert. Er wurde schließlich mit anderen eingeschlossen und sah vom offenen Fenster aus, daß Neumann dem Florence mit der Faust ins Gesicht schlug. Der Zeuge Clark ist einer der drei Flüchtlinge, die deshalb in Altdamm 14 Tage Arrest verbüßen mußten. Auf dem Rücktransport nach Pommerensdorf habe Neumann sie **Schweine genannt und mißhandelt.** Das wird vom Angeklagten in Abrede gestellt. Am Tage nach der Rückkehr ins Lager hätten sie bei der großen Kälte auf dem Hofe stillstehen müssen. Hayes, der vollkommen erschöpft war, habe von Neumann kalten Kakao bekommen.

Zeuge Jone Stier war Dolmetscher in Pommerensdorf. Er schildert den Vorfall, bei dem die Gefangenen stillstehen mußten. Er sagt dann weiter, er habe gesehen, wie Neumann den Florence und Hayes geschlagen habe. Andere Mißhandlungen hat er nicht wahrgenommen. Ihn selbst habe Neumann einmal mit dem Gewehr bedroht. Zeuge Thomas Smiths will vom Angeklagten wegen Arbeitsverweigerung mit **dem Kolben auf den Rücken** und einen Tag später, weil er nicht schnell genug arbeitete, gegen die Schulter geschlagen worden sein. Neumann habe auch andere Gefangene geschlagen. Bezüglich eines solchen Falles macht ihn der Präsident darauf aufmerksam, daß er sich irrt.

Die weitere Beweisaufnahme bringt nichts Wesentliches mehr. Der **militärische Sachverständige v. Franecki** erklärt u. a.: Um die Gefangenen in ihrer Arbeit zu leiten und um ihnen das Leben so erträglich wie möglich zu gestalten, mußten ihnen Wachmannschaften beigegeben werden. Die Gefangenen haben es nicht unterlassen, die deutschen Aufseher anzugreifen. Auf der anderen Seite sehen wir den erschütterndsten Beweis, wie Deutschland die ihm zur Verfügung stehenden Kräfte auszunützen suchte. **Einen Lichtblick bildet der Angeklagte,** der sich streng an seine Vorschriften hielt und der wegen seines korrekten Verhaltens von seinen Vorgesetzten belobt wurde. **Das empfindet man wie eine Erlösung.** Wie er seine Pflicht tat, so verlangte der Angeklagte auch von den Gefangenen die Erfüllung ihrer Pflichten. Ein solcher Mann sitzt nun hier **als sogenannter Kriegsverbrecher.** Er handelte nach seiner Instruktion, die ihm gestattete, die Gefangenen mit allen Mitteln zur Arbeit anzuhalten. **Der Gebrauch des Kolbens war zugestanden** und zwar mit Vorbedacht infolge der vorgekommenen Widerspenstigkeiten. Neumann hat danach seine Befugnis in wesentlichen Punkten nicht überschritten. In einigen Fällen ist er vielleicht etwas zu weit gegangen. Wenn ich das Verhalten des Angeklagten zu beurteilen hätte, **würde ich ihn zu belohen haben.**

Hierauf ergriff Oberreichsanwalt Ebermeyer das Wort zu seinem Plaidoyer: Die Pflichttreue des Angeklagten entschuldigt nicht **die festgestellten Rohheiten.** Die Anklage ist durch die Beweisaufnahme nicht entkräftet, sondern noch mehr verstärkt worden. Der Angeklagte hätte einen unzulässigen Befehl nicht ausführen dürfen. Ein Fall äußerster Gefahr im Sinne des § 124 Militär-Strafgesetzbuches lag nicht vor. Auch die Arbeitsverweigerung der Gefangenen berechtigte den Angeklagten nicht zum Waffengebrauch. Der Oberreichsanwalt läßt mehrere Punkte der Anklage fallen, so daß elf Fälle von Mißhandlungen und ein Fall von Beleidigung verbleiben. Festungsstrafe könne nicht in Frage kommen, da die Straftaten eine große Rohheit zeigten.

Der Oberreichsanwalt beantragte zum Schluß eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Lurje jr., will die dem Angeklagten zur Last gelegten Straftaten wesentlich milder beurteilt wissen. Es handle sich hier ebenso wie in den beiden vorhergegangenen Prozessen keineswegs um einen sogenannten Kriegsverbrecher.

Der zweite Verteidiger, Justizrat Lurje sen., hebt hervor, **daß das deutsche Volk stolz sein könne auf einen Soldaten wie den Angeklagten.** Bei den Gefangenen habe nicht nur passive Resistenz, sondern direkter Widerstand geherrscht. Die dem Angeklagten erteilte Instruktion gestattete den Waffengebrauch in derartigen Fällen. Der Verteidiger bittet schließlich um mildeste Beurteilung.

Der Angeklagte, der bisher zuversichtlich aufgetreten war, schluchzt und bittet um Freisprechung oder Verurteilung zu einer Strafe, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sei. Das Urteil soll Donnerstag mittag 12 Uhr verkündet werden.

Parteiveranstaltungen

2. Distrikt (Hallesches Tor). Arbeitslose Genossen, die Anspruch auf freie Lieferung der „Freiheit" haben, müssen sich bis spätestens 6. Juni beim Genossen Schäfer, Gneisenaustr. 70, melden.

Kinderschutzkommission von Groß-Berlin. Die Vollversammlung findet nicht am Freitag, sondern erst am Montag statt.

Donnerstag, 2. Juni

8. Distrikt. Bildungsausschuß vollzählig Viehhofbörse.

Charlottenburg, 7. Abteilung. ½8 Uhr Bezirksführer und Funktionäre bei Thonack, Wielandstr. 4, Zusammenkunft.

Freitag, 3. Juni

12. Verwaltungsbezirk (Steglitz, Lichterfelde, Lankwitz). 7 Uhr Distrikts-Funktionär-Konferenz in der Gemeindeschule 1, Steglitz, Ringstr. 55, Klassenzimmer. Außer dem Distriktsvorstand haben sämtliche Funktionäre aller drei Orte zu erscheinen.

16. Verwaltungsbezirk (Töpenick, Rahnsdorf, Friedrichshagen, Grünau, Bohnsdorf). Abends 6 Uhr pünktlich, vor Stattfinden der öffentlichen Versammlung Sitzung der Distriktsleitung, Abteilungsleiter und Obleute der Kommissionen.

3. Distrikt (Hallesches Tor). Die Versammlung am Freitag bei Kliems, Hasenheide, kommt für die Genossen des 3. Distrikts in Frage.

17. Distrikt. 1. Abteilung. Die Abteilungssitzung fällt aus. Distriktskonferenz am Montag.

Die Vollversammlung der Kinderschutzkommission findet nicht heute, sondern am Montag statt.

Sonnabend, 4. Juni

20. Verwaltungsbezirk, Reinickendorf. Abends 7 Uhr Generalversammlung, Zeichensaal der ersten Gemeindeschule Reinickendorf-Ost, Lindauerstraße, Hinter dem Rathaus. Ausweise sind von den Abteilungsleitern auszufüllen.

1. Distrikt. Die Abteilungsleiter und Bezirksführer des ehemaligen 1. Distrikts werden aufgefordert, am Sonnabend, den 4. Juni, abends 7 Uhr bei Müller, Neue Roßstr. 14-15, zwecks Austausch und Abrechnung des in ihrem Besitz befindlichen Markenmaterials zusammenzukommen.

3. Distrikt (Hallesches Tor). 7 Uhr Vorstandssitzung bei Krüger, Grimmstr. 1.

Distrikt Lichtenberg-Land. Sämtliche Ortsabteilungen haben zu der am Sonnabend, 7 Uhr abends, in der Arbeiter-Bildungsschule stattfindenden Sitzung der Verbandsbildungskommission je zwei Vertreter zu entsenden.

Vereinskalender

Donnerstag, 2. Juni

Zentralverband der Angestellten. Leder. Nachm. 5¼ Uhr Mitgliederversammlung in den Prachtsälen Alt-Berlins, Blumenstr. 10. — Holz. Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant zum Bürgerheim, Alte Schönhauser Str. 23-24. — Rechtsanwaltsbureau. Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Englischen Hof, Alexanderstr. 27c. — Chirurgie—Mechanik. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Sophiensälen, Sophienstraße.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Ortsgruppe Nord-West. Pünktlich 7½ Uhr Monatsversammlung und Lichtbildervortrag in der Aula der Kirschner-Oberrealschule, Zwinglistr. 2.

Freitag, 3. Juni

Filmarbeiter. Abends 7 Uhr große öffentliche Versammlung im „Alten Kaiserkamer", Anhaltstr. 11.

Sozialistische Proletarierjugend Groß-Berlin. Generalversammlung in der Arbeiter-Bildungsschule, Brelie Str. 8-9. Sämtliche Veranstaltungen der Gruppen fallen aus.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales u. Gewerkschaftl.: Gerhart Seger, Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kamenicki, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck: Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 34.